



AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Herausgegeben von der Zentralen Verwaltung
Jahrgang 43 – Nr.2 – 30.03.2017
ISSN 1866-2862

Inhaltsverzeichnis

AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN

Geschäftsordnung des Dekanats der Medizinischen Fakultät der Universität Tübingen	18
Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Universität Tübingen für das Auswahlverfahren nach § 2 a) des Hochschulzulassungsgesetzes im Studiengang Zahnmedizin	23
Studien- und Prüfungsordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Mathematik mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B. Sc.) – Allgemeiner Teil –	25
Studien- und Prüfungsordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Mathematik mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B. Sc.) – Besonderer Teil –	44
Erste Satzung zur Änderung der Studien- und Prüfungsordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Neurobiologie mit akademischer Abschlussprüfung Master of Science (M. Sc.) – Besonderer Teil –	51
Benutzungsordnung West-Parkplatz Morgenstelle	53
Änderung des Beschlusses des Rektorats der Universität Tübingen über Festlegungen bezüglich eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens für eine privatrechtliche Integrationsmaßnahme für Menschen mit Fluchthintergrund („Refugee-Kurs“)	56

VOLLZUG VON BESCHLÜSSEN VON SENAT UND UNIVERSITÄTSRAT

Umbenennung der beiden Abteilungen am Institut für Physiologie	57
Gründung eines Instituts für Geschichtsdidaktik und Public History	58

VOLLZUG VON BESCHLÜSSEN DES VORSTANDES UND AUFSICHTSRATS DES UNIVERSITÄTSKLINIKUMS TÜBINGEN

Änderung der Organisationsgliederung des UKT: Umbenennung der Abteilung „Neurologie mit Schwerpunkt neurovaskuläre Erkrankungen“ in „Neurologie mit Schwerpunkt neurovaskuläre Erkrankungen und Neuroonkologie“	59
---	----

Geschäftsordnung des Dekanats der Medizinischen Fakultät der Universität Tübingen

Aufgrund von §§ 8 Abs. 5, 10 Abs. 8, 19 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 des Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 01. Januar 2005 (GBl. S. 1) in der Fassung vom 01. April 2014 (GBl. S. 99), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 23. Februar 2016 (GBl. S. 108, 118), hat der Senat der Universität Tübingen am 16. März 2017 die nachfolgende Geschäftsordnung des Dekanats der Medizinischen Fakultät der Universität Tübingen als Satzung beschlossen.

Inhaltsübersicht

Aufgaben	§ 1
Zusammensetzung, Vorsitz, Stellvertretung	§ 2
Geschäftsverteilung	§ 3
Vertretung	§ 4
Geschäftsstelle	§ 5
Sitzungstermine, Einladung, Tagesordnung, Vorlagen	§ 6
Beschlussfassung	§ 7
Niederschrift	§ 8
Ausschüsse, Kommissionen	§ 9
Verschwiegenheitspflicht	§ 10
Inkrafttreten	§ 11

§ 1 Aufgaben

Das Dekanat leitet die Fakultät. Es ist für alle Angelegenheiten der Medizinischen Fakultät zuständig, soweit nicht das Landeshochschulgesetz (LHG) vom 01.01.2005 in der Fassung vom 01.04.2014 mit nachfolgenden Änderungen nichts anderes regelt. Im Rahmen seiner Aufgaben führt es die Dienstaufsicht über die der Forschung und Lehre dienenden Einrichtungen. Das Dekanat unterrichtet den Fakultätsrat über alle wichtigen Angelegenheiten regelmäßig, über besondere Anlässe unverzüglich. Die weiteren Aufgaben des Dekanats ergeben sich insbesondere aus § 23 (3) und 27 (4) LHG.

§ 2 Zusammensetzung, Vorsitz, Stellvertretung

(1) Dem Dekanat gehören gem. § 23 (1) und § 27 (3) LHG sowie gem. § 13 (1) Grundordnung der Universität Tübingen an

1. die Dekanin oder der Dekan als Vorsitzende oder Vorsitzender,
2. eine Prodekanin oder ein Prodekan als stellvertretende Vorsitzende oder stellvertretender Vorsitzender,
3. zwei weitere Prodekaninnen oder Prodekane,
4. die oder der für das Studium der Humanmedizin zuständige Studiendekanin oder Studiendekan, die oder der in dieser Funktion die Bezeichnung „Prodekanin“ oder „Prodekan“ führt,
5. die Leitende Ärztliche Direktorin oder der Leitende Ärztliche Direktor

6. die Kaufmännische Direktorin oder der Kaufmännische Direktor mit beratender Stimme.

(2) Die Dekanin oder der Dekan ist Vorsitzende oder Vorsitzender des Dekanats. In ihrer oder seiner Abwesenheit wird sie oder er durch die Prodekanin oder den Prodekan, die Leitende Ärztliche Direktorin oder der Leitende Ärztliche Direktor durch die Stellvertretende Leitende Ärztliche Direktorin oder den Stellvertretenden Leitenden Ärztlichen Direktor, die Kaufmännische Direktorin oder der Kaufmännische Direktor durch die Stellvertretende Kaufmännische Direktorin oder den Stellvertretenden Kaufmännischen Direktor vertreten.

(3) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer der Fakultät nimmt ständig an den Sitzungen des Dekanats beratend teil.

(4) Die oder der Gleichstellungsbeauftragte der Fakultät und die weiteren Studiendekaninnen oder Studiendekane erhalten die Tagesordnung der Dekanatsitzungen zur Information und können bei ihren Aufgabenbereich betreffenden Themen hinzugezogen werden.

§ 3 Geschäftsverteilung

Das Dekanat kann für seine Mitglieder Geschäftsbereiche festlegen. Im Übrigen ergeben sich die Aufgaben der einzelnen Dekanatsmitglieder aus den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 4 Vertretung

(1) Die Dekanin oder der Dekan vertritt die Fakultät, ist sie oder er verhindert, tritt die Prodekanin oder der Prodekan an ihre oder seine Stelle.

(2) Die Dekanin oder der Dekan und die Prodekanin oder der Prodekan werden für den Fall ihrer oder seiner Verhinderung von der Prodekanin oder dem Prodekan Lehre vertreten. Ist auch diese oder dieser verhindert, erfolgt die Stellvertretung durch die erste weitere Prodekanin oder den ersten weiteren Prodekan und danach durch die zweite weitere Prodekanin oder den zweiten weiteren Prodekan.

§ 5 Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle des Dekanats wird beim Dekanat der Medizinischen Fakultät eingerichtet. Sie unterstützt die Dekanin oder den Dekan und das Dekanat, insbesondere bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Sitzungen und führt Protokoll über die Sitzungen.

§ 6 Sitzungstermine, Einladung, Tagesordnung, Vorlagen

(1) Die oder der Vorsitzende des Dekanats bestimmt die Sitzungstermine, die Sitzungszeit und den Ort der Sitzungen. Sitzungen sollen mindestens einmal monatlich stattfinden. Sitzungstermine sind grundsätzlich drei Monate im Voraus festzulegen. Das Dekanat muss unverzüglich einberufen werden, wenn dies ein Drittel aller stimmberechtigten Mitglieder unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragt.

(2) Die Tagesordnung wird von der oder dem Vorsitzenden aufgestellt. Die Anmeldung von Tagesordnungspunkten erfolgt über die Geschäftsstelle des Dekanats an die oder den Vorsitzenden. Jedes Dekanatsmitglied hat das Recht, zu verlangen, dass von ihm benannte Punkte auf die Tagesordnung gesetzt werden. Über die Aufnahme von Tagesordnungspunkten nach Ablauf der in Abs. 4 genannten Frist entscheidet die oder der Vorsitzende.

(3) Zu den Gegenständen der Tagesordnung, die eine Beschlussfassung erfordern, ist, ebenso wie für die Tagesordnungspunkte, die lediglich der Information und zur Kenntnisnahme dienen, in der Regel eine schriftliche Vorlage zu fertigen. Sie soll den Gegenstand des Antrages, die Berichterstatte(r)in oder den Berichterstatte(r), die Begründung, die Rechtsgrundlage, die (finanziellen usw.) Auswirkungen beinhalten, einen Beschlussskizzenentwurf vorschlagen und von einem Dekanatsmitglied oder seiner Stellvertreterin oder seinem Stellvertreter unterzeichnet sein, die oder der auch Berichterstatte(r)in oder Berichterstatte(r) sein soll.

(4) Die Einladung der Dekanatsmitglieder und Einberufung zu den Sitzungen erfolgt grundsätzlich schriftlich zusammen mit der Tagesordnung und den Sitzungsunterlagen spätestens 4 Werktage vor der Sitzung. Die elektronische Übermittlung gilt ebenfalls als Schriftform im Sinne dieser Geschäftsordnung.

(5) Die schrift- und formlose Einberufung der Sitzung durch die oder den Vorsitzenden in dringenden Fällen bleibt unberührt.

(6) Jedes Dekanatsmitglied hat Krankheit, Urlaub oder sonstige Umstände, die eine Teilnahme an der Sitzung verhindern, unverzüglich der Geschäftsstelle mitzuteilen und seine Stellvertreterin oder seinen Stellvertreter von der Verhinderung zu informieren. Die Einladung der Stellvertreterin oder des Stellvertreters erfolgt durch die oder den Vorsitzenden.

(7) Die Zusammenstellung der Unterlagen und der Versand der Einladung und Tagesordnung sowie aller Unterlagen erfolgt durch die Geschäftsstelle des Dekanats.

(8) Sachverständige, Auskunftspersonen und Gäste können zu den Dekanatssitzungen oder zu einzelnen Tagesordnungspunkten zugelassen werden. Hierüber entscheidet die oder der Vorsitzende auf Antrag eines Dekanatsmitglieds.

(9) Die Sitzungen des Dekanats sind nicht öffentlich (§ 10 (4) LHG).

§ 7 Beschlussfassung

(1) Vor Eintritt in die Tagesordnung sowie auf Antrag eines Dekanatsmitglieds während der Sitzung stellt die oder der Vorsitzende anhand der ausliegenden Anwesenheitsliste und der anwesenden Dekanatsmitglieder die Beschlussfähigkeit fest.

(2) Das Dekanat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen, mindestens drei anwesend sind und die Sitzung von der oder dem Vorsitzenden oder ihrer bzw. seiner Stellvertreterin oder ihrer bzw. seinem Stellvertreter geleitet wird.

(3) Sind in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung die Mitglieder zum zweiten Male nicht in der zur Beschlussfassung erforderlichen Zahl anwesend, kann die oder der Vorsitzende unverzüglich ohne Einhaltung der Ladungsfrist nach § 6 Abs. 4 eine dritte Sitzung einberufen, in der das Dekanat ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschließt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die oder der Vorsitzende, § 23 (2) LHG gilt entsprechend. Bei der Einberufung der Sitzungen ist auf die Folge hinzuweisen, die sich für die Beschlussfassung ergibt.

(4) Das Dekanat trifft seine Entscheidungen grundsätzlich in Sitzungen. Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Stimmenthaltungen zählen bei der Ermittlung der Mehrheit nicht mit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die oder der Vorsitzende. Die Beschlussfassung erfolgt in der Regel aufgrund von schriftlichen Beschlussvorlagen (siehe § 6 Abs. 3).

(5) Eine Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren ist aus besonderen Gründen auf Anordnung der oder des Vorsitzenden zulässig, wenn nicht die Stellvertretende Vorsitzende oder der Stellvertretende Vorsitzende widerspricht.

(6) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung nicht aufgeschoben werden kann, entscheidet die oder der Vorsitzende des Dekanats an dessen Stelle. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Mitgliedern des Dekanats unverzüglich mitzuteilen.

§ 8 Niederschrift

(1) Über den wesentlichen Verlauf der Sitzungen des Dekanats sind Niederschriften zu fertigen. Diese müssen den Tag und den Ort der Sitzung, den Namen der oder des Vorsitzenden, die Namen der anwesenden und der abwesenden Mitglieder und gegebenenfalls deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter, Gegenstände der Verhandlung, Anträge, den Wortlaut der Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten.

(2) Die Niederschriften werden von der Schriftführerin oder dem Schriftführer und von der oder dem Vorsitzenden unterzeichnet.

(3) Die jeweilige Niederschrift wird in der nächsten Sitzung des Dekanats genehmigt. Jedes Mitglied hat das Recht, Erklärungen zur Niederschrift abzugeben und Änderungen oder Ergänzungen zu verlangen.

(4) Die Niederschriften über die Dekanatssitzungen werden den Mitgliedern des Dekanats unter Wahrung der Vertraulichkeit zugestellt. Der Wortlaut der Beschlüsse kann weitergegeben werden.

(5) Betroffene Einrichtungen und Personen werden gesondert informiert. Im entsprechenden Beschluss ist festzulegen, wer die Betroffenen informiert.

§ 9 Ausschüsse, Kommissionen

(1) Das Dekanat kann beratende Ausschüsse und Kommissionen bilden und deren Aufgaben festlegen. Vorsitzende oder Vorsitzender soll jeweils ein Mitglied des Dekanats sein.

(2) Für die Zusammenarbeit von Medizinischer Fakultät und Klinikumsvorstand können gemeinsame Ausschüsse und Kommissionen gebildet werden. Die oder der Vorsitzende wird einvernehmlich vom Dekanat und vom Klinikumsvorstand bestimmt.

(3) Die oder der Ausschussvorsitzende bzw. die oder der Kommissionsvorsitzende hat das Dekanat über die getroffenen Empfehlungen zu unterrichten.

§ 10 Verschwiegenheitspflicht

Jedes Mitglied des Dekanats bzw. seiner beratenden Ausschüsse und Kommissionen ist verpflichtet, Stillschweigen über alle vertraulichen Angaben zu bewahren, die ihm durch seine Tätigkeit im Dekanat bekannt geworden sind. Im Übrigen gilt § 9 (5) LHG entsprechend.

§ 11 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung wurde in der Sitzung des Dekanats der Medizinischen Fakultät am 21.02.2017 verabschiedet und tritt nach der zustimmenden Beschlussfassung des Senats

am Tag nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität in Kraft.

Tübingen, den 16.03.2017

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Universität Tübingen für das Auswahlverfahren nach § 2 a) des Hochschulzulassungsgesetzes im Studiengang Zahnmedizin

Aufgrund von § 2 a) Abs. 1 und 2 des Hochschulzulassungsgesetzes (HZG) vom 22. März 1993 (GBl. S. 201) i.d.F. vom 15. September 2005 (GBl. S. 629), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 05. Mai 2015 (GBl. S. 313), § 63 Abs. 2 des Landeshochschulgesetzes i.d.F. vom 01. April 2014 (GBl. S. 99), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Februar 2016 (GBl. S. 108, 118), sowie von § 3 Abs. 8 Satz 4 und § 10 Abs. 7 der Vergabeverordnung Stiftung vom 23. April 2006 (GBl. S. 114), zuletzt geändert durch Verordnung vom 04. Mai 2015 (GBl. S. 314) hat der Senat der Universität Tübingen am 16. März 2017 die folgende Satzung beschlossen.

Die Satzung der Universität Tübingen für das Auswahlverfahren nach § 2 a) des Hochschulzulassungsgesetzes im Studiengang Zahnmedizin vom 06.02.2013 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 4/2013, S. 135), geändert durch die Erste Änderungssatzung vom 20.06.2013 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 12/2013, S. 520), wird nachstehend geändert.

Artikel 1

§ 6 Auswahlkriterien wird wie folgt neu gefasst:

(1) Bei der Auswahl kommt der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung ein maßgeblicher Einfluss zu. Hinzu kommen Bonifizierungen aufgrund spezifischer, unter Absatz 3 aufgeführter Kriterien.

(2) Eine Bonifizierung nach § 6 Absatz 3 b) und Absatz 3 c) kann für Bewerber und Bewerberinnen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung gemäß § 58 Absatz 2 Nr. 5 und Nr. 6 Landeshochschulgesetz erworben haben, nicht erfolgen, sofern es sich um denselben Beruf handelt.

(3) Weitere Kriterien bei der nach § 8 zu bildenden Rangliste sind:

- a) das Ergebnis des freiwilligen Studierfähigkeitstests für medizinische Studiengänge (Medizinertest TMS vgl. § 7).
- b) die Dauer der Berufsausbildung und Berufstätigkeit, die Aufschluss über die Eignung für den Studiengang geben (vgl. § 8 Abs. 3).
- c) die Weiterqualifizierung bzw. Weiterbildung in den zahnmedizinischen Bereichen gemäß § 2 Abs. 2 b): Meisterabschluss der Zahntechnik (Zeugnis), Weiterbildung zum Dentalhygieniker oder zur Dentalhygienikerin / zum Zahnmedizinischen Fachassistenten oder zur Zahnmedizinischen Fachassistentin / zum Zahnmedizinischen Verwaltungsassistenten oder zur Zahnmedizinischen Verwaltungsassistentin / zum Zahnmedizinischen Prophylaxeassistenten oder zur Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin (Zertifikat) (vgl. § 8 Abs. 4).
- d) die Dauer der Ableistung eines Jugendfreiwilligendienstes (FSJ) oder des Bundesfreiwilligendienstes (BDF, vgl. § 8 Abs. 5) oder freiwilligen Bundeswehrdienstes.
- e) ein 1.-3. Preis für Arbeiten in einem naturwissenschaftlichen Bereich auf deutscher Landes- oder Bundesebene (z.B. „Jugend forscht“) oder einem europäischen vergleichbaren Wettbewerb (Wettbewerbsbonus) (vgl. § 8 Abs. 6).

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Tübingen in Kraft.

Tübingen, den 16.03.2017

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

Studien- und Prüfungsordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Mathematik mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B. Sc.)

– Allgemeiner Teil –

Aufgrund von § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummer 9 und § 32 Absatz 3 Landeshochschulgesetz in der Fassung vom 01.04.2014 (GBl. S. 99), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Februar 2016 (GBl. S. 108, 118), hat der Senat der Universität Tübingen in seiner Sitzung am 16.03.2017 den nachstehenden Allgemeinen Teil der Studien- und Prüfungsordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Mathematik mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B. Sc.) beschlossen.

Der Rektor hat seine Zustimmung am 22.03.2017 erteilt.

Inhaltsverzeichnis:

Allgemeiner Teil

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Struktur des Bachelor-Studienganges
- § 2 Graduierung
- § 3 Fächer und überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen
- § 4 Prüfungsausschuss
- § 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer
- § 6 Anrechnung von Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen

II. Prüfungen im Bachelor-Studiengang

A. Orientierungsprüfung

- § 7 Orientierungsprüfung

B. Zwischenprüfung

- § 8 Zwischenprüfung

C. Bachelor-Prüfung

- § 9 Zweck der Prüfung
- § 10 Umfang und Art der Bachelor-Prüfung
- § 10a Zeitpunkt der Bachelor-Prüfung

III. Studienleistungen und studienbegleitende Prüfungsleistungen

- § 11 Erwerb von ECTS-Punkten
- § 12 Studienleistungen und studienbegleitende Prüfungsleistungen
- § 13 Meldung und Zulassung zu studienbegleitenden Prüfungsleistungen
- § 14 Mündliche Prüfungsleistungen
- § 15 Schriftliche Prüfungsleistungen
- § 16 Bewertung der Prüfungsleistungen

IV. Bachelor-Arbeit

- § 17 Voraussetzungen für die Zulassung zur Bachelor-Arbeit und etwaigen anderen, am Ende des Studiums zu erbringenden mündlichen Prüfungen
- § 18 Zulassungsverfahren
- § 19 Bachelor-Arbeit

V. Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen

- § 20 Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen

VI. Wiederholung nicht bestandener Prüfungen

- § 21 Wiederholung studienbegleitender Prüfungsleistungen
- § 22 Wiederholung der Bachelor-Arbeit sowie etwaiger mündlicher Prüfungen, die am Ende des Studiums zu erbringen sind

VII. Bachelor-Gesamtnote

§ 23 Bildung der Bachelor-Gesamtnote

VIII. Prüfungszeugnis, Urkunde, Bescheinigung

§ 24 Zeugnis und weitere Nachweise

§ 25 Urkunde

§ 26 Bescheinigung bei Nichtbestehen der Gesamtprüfung

IX. Schlussbestimmungen

§ 27 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

§ 28 Schutzbestimmungen

§ 29 Ungültigkeit einer Prüfung oder Prüfungsleistung

§ 30 Einsicht in die Prüfungsakten

§ 31 Inkrafttreten und Übergangsregelungen

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Struktur des Bachelor-Studienganges

(1) Der Studiengang Mathematik mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B. Sc.) (im Folgenden: Bachelor-Studiengang) gliedert sich in fachspezifische Leistungen und den Bereich überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen (Studium Professionale).

(2) ¹Im Bachelor-Studiengang wird das European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) angewendet, das heißt, allen Komponenten des Studiums sind ECTS-Punkte (Leistungspunkte, Credits, LP, CP, ECTS) zugewiesen, deren jeweilige Anzahl sich nach dem voraussichtlich erforderlichen Arbeitsaufwand (workload) der Studierenden richtet. ²Dabei wird, sofern im Modulhandbuch keine abweichende Regelung getroffen ist, für einen Leistungspunkt eine Arbeitsbelastung (workload) des bzw. der Studierenden im Präsenz- und Selbststudium von 30 Stunden angenommen.

(3) ¹Der Bachelor-Studiengang ist modular aufgebaut. ²Im Besonderen Teil der Prüfungsordnung bzw. im Modulhandbuch werden Art, Umfang und Inhalt der zu belegenden Module und die diesen zugeordneten Leistungspunkte festgelegt. ³Für die Vermittlung von Kompetenzen im Bereich Studium Professionale hat, soweit in dieser Studien- und Prüfungsordnung keine abweichenden Regelungen getroffen sind, die Satzung zum Erwerb überfachlicher berufsfeldorientierter Kompetenzen (Studium Professionale) für Bachelorstudiengänge der Universität Tübingen in ihrer jeweils gültigen Fassung Geltung.

(4) Der Bachelor-Studiengang ist mit einem studienbegleitenden Prüfungssystem verbunden.

(5) ¹Der Studienumfang entspricht 180 ECTS-Punkten, von denen 12 ECTS-Punkte auf das Modul „Bachelorarbeit“ und 147 ECTS-Punkte auf die weiteren fachspezifischen Leistungen entfallen. ²Auf den Bereich überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen entfallen insgesamt weitere 21 ECTS-Punkte. ³Neben der Bachelor-Arbeit kann in der Studien- und Prüfungsordnung oder im Modulhandbuch auch eine mündliche Abschlussprüfung am Ende des Bachelor-Studiums, eine mündliche Prüfung über den Inhalt der Bachelor-Arbeit und ein zur Bachelor-Arbeit gehöriges Abschluss-Kolloquium vorgesehen werden. ⁴Von den in Satz 3 genannten Prüfungen können keine, eine, zwei oder drei vorgesehen werden.

(5a) ¹Der Erwerb von zusätzlichen ECTS-Punkten über die nach dieser Ordnung für den Studiengang vorgeschriebenen ECTS-Punkte hinaus ist nur soweit der Prüfungsausschuss dies konkret für einzelne Veranstaltungen oder Module des Bachelor-Studienganges genehmigt zulässig; darüber hinaus können keine weiteren ECTS-Punkte erworben werden. ²Zusätzliche ECTS-Punkte werden dem ECTS-Punktekonto des Studierenden hinzugezählt und in der Leistungsübersicht (vgl. § 24 Abs. 2) aufgeführt. ³Die Ergebnisse aus diesen zusätzlichen ECTS-Punkten gehen nicht in die Berechnung der Modul- und der Gesamtnote

ein. ⁴Für die nach Satz 1 vom Prüfungsausschuss genehmigten Veranstaltungen bzw. Module gelten § 21 Abs. 2 Sätze 1 und 3 nicht.

(6) ¹Die Regelstudienzeit des Studienganges bis zum Erwerb des akademischen Grades beträgt einschließlich aller zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen sowie etwaigen geforderten weiteren Leistungen wie beispielsweise Exkursionen und Praktika sechs Semester. ²Alle Studien- und Prüfungsleistungen und Prüfungen dieser Ordnung können vor dem dazu nach der Studien- und Prüfungsordnung vorgesehenen Zeitpunkt erbracht werden, sofern die für die Zulassung zu ihnen erforderlichen Leistungen nachgewiesen sind und entsprechende Kapazitäten bestehen. ³Bei gestuften Studiengängen, die zu einem Bachelorabschluss und einem konsekutiven Masterabschluss führen, beträgt die Gesamtregelstudienzeit höchstens fünf Jahre.

(7) Im Besonderen Teil kann vorgesehen werden, dass die Studierenden eine dem Studienziel dienende praktische Tätigkeit ableisten müssen.

§ 2 Graduierung

Aufgrund der bestandenen Bachelor of Science-Prüfung (im Folgenden: Bachelor-Prüfung) wird der akademische Grad „Bachelor of Science“ (abgekürzt „B. Sc.“) verliehen.

§ 3 Fächer und überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen

(1) ¹Im Bachelor-Studiengang wird ein Bachelor-Fach studiert. ²Die wählbaren Module ergeben sich aus dem Besonderen Teil dieser Ordnung und werden im für das Semester herausgegebenen Modulhandbuch genauer spezifiziert.

(2) ¹Die Voraussetzungen für im Bereich überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen angebotene Module ergeben sich außerdem aus der Satzung zum Erwerb überfachlicher berufsfeldorientierter Kompetenzen (Studium Professionale) für Bachelorstudiengänge der Universität Tübingen. ²Die Leistungen im Bereich Studium Professionale sind für den Zeitraum zwischen dem ersten und dem einschließlich sechsten Semester vorgesehen, sofern im Besonderen Teil keine abweichenden Regelungen getroffen sind.

§ 4 Prüfungsausschuss

(1) ¹Für die Organisation der Prüfungen und alle anderen durch diese Ordnung nicht ausdrücklich anderweitig zugewiesenen Aufgaben bildet die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät einen Prüfungsausschuss. ²Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, das sie oder ihn im Verhinderungsfall vertretende Mitglied, die weiteren Mitglieder sowie deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter werden jeweils von der Fakultät bestellt. ³Der Prüfungsausschuss setzt sich aus Fakultätsmitgliedern, wie folgt, zusammen:

1. Vier Personen aus der Gruppe der hauptberuflichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
2. Eine Person aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und akademischen Mitarbeiter,
3. Eine Person aus der Gruppe der Studierenden (mit beratender Stimme).

⁴Den Vorsitz im Prüfungsausschuss kann, auch stellvertretend, nur eine Professorin oder ein Professor führen. ⁵Die oder der Vorsitzende führt im Regelfall die laufenden Geschäfte des Prüfungsausschusses. ⁶Darüber hinaus kann der Ausschuss der oder dem Vorsitzenden, soweit dies nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist, bestimmte Aufgaben widerruflich übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche. ⁷Zur Erledigung der laufenden Geschäfte kann dem Prüfungsausschuss ein Prüfungsamt zur Seite gestellt werden. ⁸Beschlüsse des Prüfungsausschusses werden mit Stimmenmehrheit der Mitglieder gefasst,

bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.⁹Wiederbestellung ist – auch mehrfach – zulässig.¹⁰Scheidet ein Mitglied aus, so wird das neue Mitglied bis zum Ende der laufenden Amtsperiode bestellt.¹¹Nach Ablauf der Amtszeit bleiben die Mitglieder bis zur Bestellung der Neumitglieder im Amt.

(2) Die Amtszeit der Mitglieder beträgt drei Jahre, die der studentischen Mitglieder ein Jahr.

(3) ¹Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden. ²Er berichtet der Fakultät regelmäßig über die Entwicklung der Prüfungen und der Studienzeiten einschließlich der Bearbeitungszeiten für die Bachelor-Arbeiten sowie über die Verteilung der Fach- und Gesamtnoten. ³Der Prüfungsausschuss hat sicherzustellen, dass Leistungsnachweise und Prüfungsleistungen in den in dieser Ordnung festgelegten Zeiträumen erbracht beziehungsweise abgelegt werden können. ⁴Zu diesem Zweck sollen die Studierenden rechtzeitig sowohl über Art und Zahl der zu erbringenden Leistungsnachweise und der zu absolvierenden Prüfungsleistungen als auch über die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, und ebenso über den Aus- und Abgabezeitpunkt der Bachelor-Arbeit informiert werden. ⁵Der Prüfungsausschuss hat außerdem sicherzustellen, dass die gesetzlichen Schutzbestimmungen und insbesondere die gemäß § 32 Absatz 3 Satz 2 Nummern 3 und 4 sowie Absatz 4 Nummer 5 Landeshochschulgesetz erforderlichen Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden.

(4) ¹Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme der Prüfungen beobachtend zugegen zu sein. ²Die Rektorin oder der Rektor oder eine von ihr oder ihm benannte vertretungsberechtigte Person ist ebenfalls berechtigt, bei der Abnahme von Prüfungen anwesend zu sein.

(5) ¹Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. ²Mitglieder des Prüfungsausschusses, die sie vertretenden Personen und etwa hinzugezogene Dritte unterliegen der Amtsverschwiegenheit. ³Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, hat sie die oder der Vorsitzende zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) ¹Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seiner oder seines Vorsitzenden sind der Kandidatin oder dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mit Begründung unter Angabe der Rechtsgrundlage mitzuteilen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Widersprüche gegen diese Entscheidungen sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung schriftlich an den Prüfungsausschuss zu richten. ³Hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht ab, so ist dieser dem für die Lehre zuständigen Mitglied des Rektorats zur Entscheidung vorzulegen.

§ 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer

(1) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt Prüferinnen oder Prüfer und soweit nach den Regelungen dieser Ordnung notwendig Beisitzerinnen oder Beisitzer für die einzelnen Prüfungen. ²Er kann die Bestellung der oder dem Vorsitzenden übertragen. ³Vorschläge der Kandidatin oder des Kandidaten für potentielle Prüferinnen oder Prüfer können berücksichtigt werden; ein Anspruch darauf besteht jedoch nicht. ⁴Die Beisitzerin oder der Beisitzer führt das Protokoll. ⁵Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer kann nur bestellt werden, wer den Abschluss des entsprechenden Studiengangs oder einen gleichwertigen Abschluss besitzt.

(2) ¹Befugt zur Abnahme von Prüfungen sind nur Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Privatdozentinnen und Privatdozenten sowie ferner akademische Mitarbeiterinnen und akademische Mitarbeiter, denen auf Vorschlag des Dekanats vom Rektorat die Prüfungsbefugnis übertragen wurde. ²Sonstige Angehörige des wissenschaftlichen Personals wie insbesondere Lehrbeauftragte können insoweit nur dann ausnahmsweise als Prüferinnen oder Prüfer fungieren, wenn Prüferinnen und Prüfer nach Satz 1 nicht in genügendem Ausmaß

zur Verfügung stehen und wenn sie über eine dem Studienabschluss, zu dem die Prüfungsleistung gehört, mindestens gleichwertige Qualifikation im Prüfungsfach verfügen.

(3) ¹Bei studienbegleitenden Prüfungsleistungen ist, sofern keine abweichende gesonderte Bestellung erfolgt, dasjenige Mitglied des Lehrkörpers im Sinne des Absatzes 2 Prüferin oder Prüfer, welches die Lehrveranstaltung durchgeführt hat; diese Prüfungsleistungen finden, sofern in der Studien- und Prüfungsordnung oder im Modulhandbuch nichts Abweichendes geregelt ist, vor einer Person als Prüferin oder Prüfer statt. ²Im Verhinderungsfall bestellt der Prüfungsausschuss ein anderes prüfungsberechtigtes Mitglied des Fachs. ³Wird bei studienbegleitenden Prüfungsleistungen die Wiederholungsprüfung im Rahmen der für die jeweilige Prüfung vorgesehenen regulären Prüfungstermine durchgeführt, so ist dasjenige Mitglied des Lehrkörpers Prüferin oder Prüfer, welches als Prüferin oder Prüfer für die Prüfung an diesem regulären Prüfungstermin vorgesehen ist; wird die Wiederholungsprüfung nicht im Rahmen dieser Termine durchgeführt, so wird eine Prüferin oder ein Prüfer bestellt.

(4) Für Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer gelten § 4 Absatz 5 Sätze 2 und 3 entsprechend.

§ 6 Anrechnung von Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen

(1) ¹Studien- und Prüfungsleistungen, Studienabschlüsse sowie Studienzeiten, die in Studiengängen an der Universität Tübingen, anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen und Berufsakademien der Bundesrepublik Deutschland oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, werden angerechnet, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen oder Abschlüssen besteht, die ersetzt werden. ²Die Anerkennung dient der Fortsetzung des Studiums, dem Ablegen von Prüfungen, der Aufnahme eines weiteren Studiums oder der Zulassung zur Promotion. ³Soweit Vereinbarungen und Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich (Äquivalenzabkommen) Studierende ausländischer Staaten abweichend von den Sätzen 1 und 2 begünstigen, gehen die Regelungen der Äquivalenzabkommen vor; darüber hinaus sind Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften, von Kooperationsvereinbarungen und von Programmen über einen Doppel- oder gemeinsamen Abschluss zu beachten. ⁴Die an der Universität Tübingen oder einer anderen deutschen Hochschule derselben Hochschulart in dem gleichen oder verwandten Studiengang abgelegte Vor- oder Zwischenprüfung wird anerkannt.

(2) Die Teilnahme an anerkannten Fernstudieneinheiten wird wie das entsprechende Präsenzstudium auf die Studienzzeit angerechnet.

(3) ¹Außerhalb des Hochschulsystems erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten sind auf ein Hochschulstudium anzurechnen, wenn

1. zum Zeitpunkt der Anrechnung die für den Hochschulzugang geltenden Voraussetzungen erfüllt sind,
2. die auf das Hochschulstudium anzurechnenden Kenntnisse und Fähigkeiten den Studien- und Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind und
3. die Kriterien für die Anrechnung im Rahmen einer Akkreditierung überprüft worden sind.

²Außerhalb des Hochschulsystems erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten dürfen höchstens 50 Prozent des Hochschulstudiums ersetzen. ³Für die Anrechnung ist insbesondere zu prüfen, ob die außerhalb des Hochschulsystems erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen in Art und Umfang den Leistungen, die ersetzt werden, gleichwertig sind. ⁴Bei der Entscheidung ist auch die Form der Vermittlung der Kompetenzen zu berücksichtigen.

(4) ¹Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten, soweit die Notensysteme vergleichbar sind, zu übernehmen und nach dem in § 16 angegebenen Bewertungsschlüssel in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. ²Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen; in diesem Fall erfolgt keine Einbeziehung in die Berechnung der Modulnoten und der Gesamtnote und die für deren Berechnung vorgesehenen Regelungen werden unter Berücksichtigung dieser Tatsache entsprechend angewendet. ³Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Transcript of Records ist zulässig. ⁴Darüber hinaus kann der Prüfungsausschuss Regelungen für die Umrechnung der an einer anderen Hochschule, insbesondere einer Partnerhochschule, erteilten Bewertungen festlegen.

(5) ¹Es obliegt der Antragstellerin oder dem Antragsteller, die erforderlichen Informationen über die anzuerkennende Leistung bereitzustellen. ²Die Beweislast dafür, dass ein Antrag die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht erfüllt, liegt bei der Stelle, die das Anerkennungsverfahren durchführt. ³Bei der Entscheidung über die Anerkennung ausländischer Bildungsnachweise sollen die Bewertungsvorschläge der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen beim Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (ZAB) beachtet werden.

(6) Für die Anrechnung von Leistungspunkten aus Kontaktstudien auf ein Hochschulstudium gelten Absatz 1, Absatz 2, Absatz 4 Sätze 1 bis 3 und Absatz 5 entsprechend, wenn zum Zeitpunkt der Anrechnung die für den Hochschulzugang geltenden Voraussetzungen erfüllt sind.

II. Prüfungen im Bachelor-Studiengang

A. Orientierungsprüfung

§ 7 Orientierungsprüfung

¹Eine Orientierungsprüfung ist derzeit nicht vorgesehen.

B. Zwischenprüfung

§ 8 Zwischenprüfung

Eine Zwischenprüfung ist derzeit nicht vorgesehen.

C. Bachelor-Prüfung

§ 9 Zweck der Prüfung

¹Die Bachelor-Prüfung in Mathematik bildet einen ersten berufsqualifizierenden Regelabschluss auf dem Gebiet der Mathematik. ²Mit der Bachelor-Prüfung weisen die Studierenden nach, dass sie

1. in ihren Studienfächern über ein breites Grundwissen und eine systematische Orientierung sowie über vertiefte Kenntnisse in ausgewählten Bereichen der Mathematik verfügen und das methodische Instrumentarium dieses Fachs in dem Maße beherrschen, das für die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in verschiedenen Praxisfeldern notwendig ist, und sie
2. sich durch den Erwerb von überfachlichen, berufsfeldorientierten Zusatzqualifikationen mit der praktischen Umsetzung ihrer im Bachelor-Studium erworbenen wissenschaftlichen Erkenntnisse vertraut gemacht haben.

§ 10 Umfang und Art der Bachelor-Prüfung

(1) ¹Die Bachelor-Prüfung besteht neben den geforderten Studienleistungen und etwaigen geforderten Ergänzungsleistungen aus studienbegleitenden Prüfungsleistungen und der Bachelorarbeit sowie einer etwaigen geforderten mündlichen Abschlussprüfung am Ende des Bachelor-Studiums, einer etwaigen geforderten mündlichen Prüfung über den Inhalt der Bachelor-Arbeit und einem etwaigen geforderten, zur Bachelor-Arbeit gehörigen Abschluss-Kolloquium; sie ist bestanden, wenn diese erfolgreich erbracht wurden. ²Im Besonderen Teil bzw. dem Modulhandbuch ist geregelt, in welchen Modulen endnotenrelevante studienbegleitende Prüfungsleistungen zu erbringen sind.

(2) Art und Umfang der Prüfungsleistungen sowie die Prüfungsanforderungen und etwaige weitere, besondere Zulassungsvoraussetzungen sind im Besonderen Teil dieser Prüfungsordnung bzw. dem Modulhandbuch geregelt.

(3) Das Modulhandbuch enthält folgende Angaben zu den einzelnen Modulen:

1. Name des Moduls;
2. Inhalte und Qualifikationsziele;
3. Lehrform oder Lehrformen gemäß § 4 Satz 1 des Besonderen Teils;
4. Teilnahmevoraussetzungen und -beschränkungen;
5. Verwendbarkeit des Moduls und empfohlenes Semester;
6. die gemäß dieser Ordnung festgelegten Leistungspunkte, die Voraussetzungen für deren Vergabe, insbesondere die Prüfungsanforderungen für die jeweilige Prüfung, sowie eine Angabe, ob eine Vergabe von Noten erfolgt;
7. Häufigkeit des Angebots;
8. Arbeitsaufwand und Dauer der Lehrveranstaltung oder Lehrveranstaltungen.

§ 10a Zeitpunkt der Bachelor-Prüfung

¹Die Bachelorprüfung ist entsprechend der festgesetzten Regelstudienzeit bis zum Ende des 6. Semesters abzulegen. ²Ist diese Frist überschritten, wird der oder die Studierende nach dem Ende des 9. Semesters dahingehend informiert, dass er oder sie den Prüfungsanspruch verliert, wenn er oder sie die Bachelorprüfung nicht bis zum Ende des 12. Semesters ablegt. ³Ist die Bachelorprüfung bis zum Ende des 12. Semesters einschließlich etwaiger Wiederholungen nicht erbracht, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass der oder die Studierende die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat. ⁴Hierüber entscheidet der Prüfungsausschuss; dies kann auch auf Antrag des oder der Studierenden geschehen.

III. Studienleistungen und studienbegleitende Prüfungsleistungen

§ 11 Erwerb von ECTS-Punkten

(1) ¹Die für die einzelnen Lehrveranstaltungen, Module oder sonstigen Leistungen vorgesehenen ECTS-Punkte werden vergeben, wenn jeweils alle erforderlichen Prüfungsleistungen und Studienleistungen sowie etwaige weitere Ergänzungsleistungen erfolgreich erbracht wurden. ²Bei benoteten Leistungen erfolgt die Vergabe von ECTS-Punkten unabhängig von der erteilten Bewertung, sofern diese mindestens „ausreichend“ lautet.

(2) ¹Im Besonderen Teil bzw. dem Modulhandbuch ist geregelt, welches die erforderlichen Prüfungsleistungen und Studienleistungen sowie die etwaigen weiteren Ergänzungsleistungen sind und in welchen Modulen und Lehrveranstaltungen Prüfungsleistungen zu erbringen sind. ²Ist in einer Lehrveranstaltung oder einem Modul eine Prüfungsleistung zu erbringen, so kann für den Erwerb der dieser Lehrveranstaltung oder diesem Modul zugeordneten

ECTS-Punkte darüber hinaus das Erbringen von Studienleistungen sowie von etwaigen weiteren Ergänzungsleistungen erforderlich sein. ³In denjenigen Lehrveranstaltungen oder Modulen, in denen keine Prüfungsleistung zu erbringen ist, erfolgt der Erwerb der vorgesehenen ECTS-Punkte durch das Erbringen von Studienleistungen und von etwaigen Ergänzungsleistungen.

(3) Art, Form, Zahl und Umfang der erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen sowie der etwaigen Ergänzungsleistungen sind grundsätzlich so festzulegen, dass der für ihre Erbringung erforderliche Zeitaufwand den der jeweiligen Veranstaltung bzw. dem jeweiligen Modul zugeordneten ECTS-Punkten entspricht.

§ 12 Studienleistungen und studienbegleitende Prüfungsleistungen

(1) ¹Studienleistungen sind individuelle schriftliche, mündliche oder praktische Leistungen, die von den Studierenden in der Regel im Zusammenhang mit Lehrveranstaltungen erbracht werden. ²Das Erbringen von Studienleistungen ist von der Leiterin oder dem Leiter der jeweiligen Lehrveranstaltung festzustellen. ³Sie können auch in unbenoteter Form vorgesehen werden.

(2) ¹Studienbegleitende Prüfungsleistungen im Sinne dieser Prüfungsordnung sind (jeweils einschließlich der dazugehörigen Wiederholungsprüfungen) die Modulabschlussprüfungen; sie können sich auch aus mehreren Komponenten zusammensetzen. ²Im Besonderen Teil dieser Prüfungsordnung bzw. im Modulhandbuch ist festgelegt, in welcher Art die Modulabschlussprüfungen zu erbringen sind: mündlich, schriftlich oder praktisch oder durch eine beliebige Kombination der genannten Elemente. ³Der Besondere Teil dieser Ordnung kann auch andere kontrollierte, nach gleichen Maßstäben bewertbare Prüfungsleistungen vorsehen. ⁴Die Bachelor-Arbeit sowie eine etwaige, zu dieser gehörige mündliche Bachelorprüfung, ein etwaiges zu dieser gehöriges Kolloquium und eine etwaige mündliche Prüfung über den Inhalt der Bachelor-Arbeit sind nicht studienbegleitend.

(3) Der Zeitpunkt, die Art und der Umfang der studienbegleitenden Prüfungs- und Studienleistungen und der etwaigen Ergänzungsleistungen sind von der Leiterin oder dem Leiter der Lehrveranstaltung – in der Regel zu Beginn der Lehrveranstaltung – allen Studierenden, die an derselben teilnehmen, bekannt zu geben.

(4) ¹Macht eine Kandidatin oder ein Kandidat durch Vorlage eines ärztlichen Attestes glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder oder ständiger gesundheitlicher Beschwerden, Beeinträchtigungen oder wegen einer Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so gestattet ihr oder ihm die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag hin, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. ²Entsprechendes gilt für Studien- und sonstige Leistungen. ³Dasselbe gilt bei Krankheit eines von ihr oder ihm zu versorgenden Kindes.

(5) ¹Beurlaubte Studierende sind nicht berechtigt, Lehrveranstaltungen zu besuchen und Prüfungsleistungen zu erbringen; anderweitige Regelungen in Kooperationsvereinbarungen bleiben unberührt. ²Beurlaubte Studierende, die gemäß § 61 Absatz 3 Landeshochschulgesetz Schutzzeiten (derzeit Schutzzeiten entsprechend § 3 Absatz 1, § 6 Absatz 1 des Mutterschutzgesetzes, Elternzeit entsprechend § 15 Absätze 1 bis 3 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes oder Zeiten der Pflege von pflegebedürftigen nahen Angehörigen im Sinne von § 7 Absatz 3 des Pflegezeitgesetzes, die pflegebedürftig im Sinne der §§ 14 und 15 des Elften Buches Sozialgesetzbuch sind) in Anspruch nehmen, sind berechtigt, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen und Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen. ³Regelungen in der Zulassungs- und Immatrikulationsordnung der Universität Tübingen in der jeweils gültigen Fassung gehen vor.

(6) ¹Art, Inhalt und Umfang der Studienleistungen und studienbegleitenden und sonstigen Prüfungsleistungen, der Prüfungsanforderungen sowie der gegebenenfalls erforderlichen Ergänzungsleistungen und etwaige weitere, besondere Zulassungsvoraussetzungen können auch im Modulhandbuch festgelegt werden. ²Regelungen in der Studien- und Prüfungsordnung gehen den Regelungen im Modulhandbuch jedoch vor.

(7) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass die jeweiligen Prüfungstermine rechtzeitig bekannt gegeben werden.

§ 13 Meldung und Zulassung zu studienbegleitenden Prüfungsleistungen

(1) Für jede studienbegleitende Prüfungsleistung müssen sich die Studierenden bis zu einem vom Prüfungsausschuss festgelegten Termin entsprechend den vom Prüfungsausschuss festgelegten Regelungen anmelden.

(2) ¹Zu einer studienbegleitenden Prüfungsleistung kann nur zugelassen werden, wer

1. an der Universität Tübingen im betreffenden Bachelor-Studiengang eingeschrieben ist, und
2. den Prüfungsanspruch im betreffenden Bachelor-Studiengang oder in einem vergleichbaren Studiengang an einer Hochschule nicht verloren hat, und
3. die Bachelor- bzw. Abschluss-Prüfung im betreffenden Bachelor-Studiengang oder in einem vergleichbaren Studiengang an einer Hochschule nicht endgültig nicht bestanden hat, und
4. die gemäß dem Besonderen Teil weiteren etwaigen notwendigen Voraussetzungen erfüllt.

²Vergleichbare Studiengänge sind Bachelor Mathematik, Master Mathematik, Lehramt Staatsexamen Mathematik, Studiengänge Mathematik der Lehrkräfteausbildung in gestufter Studiengangstruktur, Diplom Mathematik, Magister Mathematik; über weitere Studiengänge, die als vergleichbar gelten, entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) ¹Über die Zulassung zu einer studienbegleitenden Prüfungsleistung entscheidet der Prüfungsausschuss. ²Wird die Zulassung abgelehnt, erhält die oder der Studierende innerhalb von vier Wochen hierüber einen schriftlichen Bescheid, der zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. ³Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. die in Absatz 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
2. die Unterlagen unvollständig sind und trotz Aufforderung nicht fristgemäß vervollständigt worden sind.

⁴Die Zulassung kann darüber hinaus versagt werden, wenn sich die oder der Studierende im betreffenden Bachelor-Studiengang oder in einem nach Absatz 2 vergleichbaren Studiengang in einem laufenden Prüfungsverfahren befindet. ⁵Andere Ablehnungsgründe sind nicht zulässig.

§ 14 Mündliche Prüfungsleistungen

(1) ¹Mögliche Formen mündlicher Prüfungsleistungen sind insbesondere mündliche Prüfungen, Referate und Kolloquien. ²Weitere Prüfungsformen können im Modulhandbuch vorgesehen werden.

(2) ¹Durch die mündlichen Prüfungsleistungen weist die Kandidatin oder der Kandidat nach, dass sie oder er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. ²Durch die mündlichen Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob die Kandidatin oder der Kandidat über ein breites Grundlagewissen verfügt. ³Die Dauer einer mündlichen Prüfung beträgt je Prüfling in der Regel zwei

schen 15 und 30 Minuten. ⁴Findet die mündliche Prüfung vor einer Person als Prüferin oder Prüfer statt, so ist eine Beisitzerin oder ein Beisitzer hinzuzuziehen. ⁵In einem Referat weist die Kandidatin oder der Kandidat nach, dass sie oder er in der Lage ist, sich in eine eng begrenzte Fragestellung seines Faches selbständig einzuarbeiten, diese mit den Methoden seines Faches aufzubereiten und die Ergebnisse in einem Vortrag zu präsentieren.

(3) ¹Die wesentlichen Gegenstände und die wesentlichen Ergebnisse der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von der Prüferin oder dem Prüfer und, soweit eine solche oder ein solcher hinzuzuziehen ist, von der Beisitzerin oder dem Beisitzer zu unterzeichnen ist. ²Das Ergebnis der mündlichen Prüfung ist der Kandidatin oder dem Kandidaten im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

(4) ¹Die Prüfungen sind nicht öffentlich. ²Studierende, die zu einem späteren Prüfungstermin die gleiche Prüfungsleistung erbringen wollen, können nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen oder Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, die Kandidatin oder der Kandidat widerspricht. ³Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung der Prüfungsergebnisse und die Bekanntgabe derselben an die Kandidatinnen und Kandidaten.

§ 15 Schriftliche Prüfungsleistungen

(1) ¹Mögliche Formen schriftlicher Prüfungsleistungen sind insbesondere Klausuren und Hausarbeiten. ²Weitere Prüfungsformen können im Modulhandbuch vorgesehen werden.

(2) ¹In Klausuren und in sonstigen schriftlichen Arbeiten weist die Kandidatin oder der Kandidat nach, dass sie oder er in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den Methoden des Faches ein Problem erkennen und Wege zu einer Lösung finden kann. ²Der Kandidatin oder dem Kandidaten können mehrere Aufgaben gestellt werden, von denen sie oder er eine oder mehrere zur Bearbeitung auswählt. ³Die Dauer einer Klausur soll in der Regel mindestens 60 und höchstens 240 Minuten betragen.

(3) ¹Über den Verlauf von Klausuren ist ein Protokoll anzufertigen, in dem besondere Vorkommnisse, insbesondere Versuche einer Kandidatin oder eines Kandidaten, das Ergebnis durch Täuschung oder Benutzung nicht zulässiger Hilfsmittel zu beeinflussen, festzuhalten sind. ²Das Protokoll ist von den Aufsichtspersonen zu unterschreiben.

§ 16 Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) ¹Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern festgesetzt. ²Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	= eine hervorragende Leistung;
2 = gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

³Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können die Noten um den Wert von 0,3 angehoben oder gesenkt werden. ⁴Die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 werden nicht vergeben.

(2) Die Noten in den Modulen lauten:

bei einem Durchschnitt bis 1,50	= sehr gut;
bei einem Durchschnitt von 1,51 bis 2,50	= gut;
bei einem Durchschnitt von 2,51 bis 3,50	= befriedigend;
bei einem Durchschnitt von 3,51 bis 4,00	= ausreichend;
bei einem Durchschnitt ab 4,01	= nicht ausreichend.

(3) ¹Sofern sich eine Modulabschlussprüfung aus mehreren benoteten Komponenten zusammensetzt, errechnet sich die Modulnote soweit im Besonderen Teil dieser Ordnung oder im Modulhandbuch nichts Abweichendes geregelt ist aus dem Durchschnitt der nach Leistungspunkten gewichteten Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen. ²Dabei werden zwei Dezimalstellen hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(4) ¹Sofern Prüfungsleistungen von mehreren Prüferinnen oder Prüfern bewertet werden, ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. ²Dabei gelten Absatz 2 und Absatz 3 Satz 2 entsprechend.

(5) Soweit in dieser Ordnung die Bildung von Gesamtnoten für eine etwaig geforderte Orientierungs- oder Zwischenprüfung vorgesehen ist, gelten Absatz 2 und Absatz 3 Satz 2 entsprechend.

(6) Werden Prüfungsleistungen aus anderen Studiengängen importiert, so gelten für die Bewertung dieser Prüfungsleistung die Bestimmungen des Studienganges, aus dem die Prüfungsleistung stammt.

IV. Bachelor-Arbeit

§ 17 Voraussetzungen für die Zulassung zur Bachelor-Arbeit und etwaigen anderen, am Ende des Studiums zu erbringenden mündlichen Prüfungen

Zur Bachelor-Arbeit sowie zu einer etwaigen geforderten mündlichen Abschlussprüfung am Ende des Bachelor-Studiums, zu einer etwaigen mündlichen Prüfung über den Inhalt der Bachelor-Arbeit und zu einem etwaigen geforderten, zur Bachelor-Arbeit gehörigen Abschluss-Kolloquium kann nur zugelassen werden, wer:

1. die Zulassungsvoraussetzungen entsprechend § 13 Absatz 2 erfüllt; und
2. die nach dieser Ordnung etwaig geforderte Orientierungs- und Zwischenprüfung im Studiengang bestanden hat; und
3. die im Besonderen Teil dieser Prüfungsordnung etwaig geforderten weiteren fachlichen Zulassungsvoraussetzungen erfüllt.

§ 18 Zulassungsverfahren

(1) ¹Der Antrag auf Zulassung zur Bachelor-Arbeit sowie zu einer etwaigen geforderten mündlichen Abschlussprüfung am Ende des Bachelor-Studiums, zu einer etwaigen mündlichen Prüfung über den Inhalt der Bachelor-Arbeit und zu einem etwaigen geforderten, zur Bachelor-Arbeit gehörigen Abschluss-Kolloquium (Meldung) ist schriftlich beim Prüfungsausschuss zu stellen. ²In ihm ist der Studiengang anzugeben und gegebenenfalls die Prüferin oder der Prüfer zu benennen, die oder den die Kandidatin oder der Kandidat vorschlägt. ³Dem Antrag sind beizufügen:

1. das Studienbuch oder die an seine Stelle getretenen Unterlagen;

2. die Nachweise über das Vorliegen der in § 17 Nummern 1 bis 3 genannten Voraussetzungen;
3. eine Erklärung darüber, ob die Kandidatin oder der Kandidat endgültig den Prüfungsanspruch im Bachelor-Studiengang oder in einem nach § 13 Absatz 2 vergleichbaren Studiengang an einer Hochschule verloren hat oder eine nach der Studien- und Prüfungsordnung erforderliche studienbegleitende Prüfungsleistung oder die Bachelor- oder Abschluss-Prüfung im betreffenden Bachelor-Studiengang oder in einem nach § 13 Absatz 2 vergleichbaren Studiengang an einer Hochschule endgültig nicht bestanden hat und ob sie oder er sich in einem laufenden Prüfungsverfahren in demselben oder einem nach § 13 Absatz 2 vergleichbaren Studiengang befindet.

(2) Ist es der Kandidatin oder dem Kandidaten nicht möglich, eine nach Absatz 1 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuss im Einzelfall gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.

(3) Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss.

(4) ¹Die Kandidatin oder der Kandidat gilt als zugelassen, wenn der Antrag nicht innerhalb von zwei Wochen abgelehnt wird. ²Der Antrag muss abgelehnt werden, wenn die Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind. ³Die Zulassung kann darüber hinaus versagt werden, wenn sich die oder der Studierende im betreffenden Bachelor-Studiengang oder in einem nach § 13 Absatz 2 vergleichbaren Studiengang in einem laufenden Prüfungsverfahren befindet. ⁴Andere Ablehnungsgründe sind nicht zulässig. ⁵Eine Ablehnung ist schriftlich zu begründen.

§ 19 Bachelor-Arbeit

(1) ¹Die Bachelorarbeit ist eine Prüfungsarbeit. ²Sie soll zeigen, dass die Verfasserin oder der Verfasser in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die so gewonnenen Ergebnisse sachgerecht schriftlich darzustellen. ³Das Thema ist dem Bereich Mathematik zu entnehmen; es wird von einem Prüfer oder einer Prüferin nach § 5 gestellt. ⁴Findet die Kandidatin oder der Kandidat keine Themenstellung für die Bachelorarbeit, so sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf schriftlichen Antrag hin dafür, dass die Kandidatin oder der Kandidat rechtzeitig ein Thema für ihre oder seine Bachelorarbeit erhält. ⁵Das Thema wird über den Prüfungsausschuss ausgegeben; der Zeitpunkt der Ausgabe und das Thema sind aktenkundig zu machen. ⁶Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für das Thema der Bachelorarbeit zu machen; ein Anspruch auf deren Berücksichtigung besteht jedoch nicht.

(2) ¹Die Bearbeitungsfrist der Bachelor-Arbeit von der Ausgabe des Themas bis zur Abgabe der Arbeit beträgt zwanzig Wochen, das Thema ist so festzulegen und die Aufgabenstellung ist von der Betreuerin oder dem Betreuer so zu begrenzen, dass die Bachelor-Arbeit innerhalb dieser Frist angefertigt werden kann. ²Die Abgabefrist kann in begründeten Fällen auf Antrag vom Prüfungsausschuss verlängert werden.

(3) ¹Die Arbeit soll, soweit im Besonderen Teil dieser Ordnung nichts Abweichendes geregelt ist, nach Wahl der oder des Studierenden in deutscher oder englischer Sprache verfasst sein; über Anträge auf Abfassung in einer anderen Sprache entscheidet der Prüfungsausschuss. ²Die fertige Bachelorarbeit ist innerhalb der Bearbeitungsfrist in zwei gebundenen Exemplaren beim Prüfungsausschuss und zusätzlich dort in einem vom Prüfungsausschuss festgelegten Dateiformat einzureichen. ³Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen. ⁴Die Bachelorarbeit kann neben einem ausgedruckten Text auch multimediale Teile auf elektronischen Datenträgern enthalten, sofern die Themenstellung dies erfordert. ⁵Das Bewertungsverfahren soll spätestens vier Wochen nach Abgabe der Arbeit abgeschlossen

sein; die Überwachung dieser Frist ist Aufgabe des Prüfungsausschusses. ⁶Erkrankt die Prüferin oder der Prüfer oder ist sie oder er aus einem anderen Grund daran gehindert, die Frist einzuhalten, kann der Prüfungsausschuss insoweit eine andere Prüferin oder einen anderen Prüfer bestellen.

(4) Die Kandidatin oder der Kandidat hat der Bachelorarbeit eine persönlich unterzeichnete Erklärung beizufügen, in der sie oder er versichert, dass sie oder er die Arbeit selbständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel und Quellen benutzt hat, alle wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommenen Aussagen als solche gekennzeichnet hat und dass die Arbeit weder vollständig noch in wesentlichen Teilen Gegenstand eines anderen Prüfungsverfahrens gewesen ist sowie dass sie oder er die Arbeit weder vollständig noch in wesentlichen Teilen bereits veröffentlicht hat und dass das in Dateiform eingereichte Exemplar mit eingereichten gebundenen Exemplaren übereinstimmt.

(5) ¹Die Bachelorarbeit wird von einer Person als Prüferin oder Prüfer bewertet, die oder der die Betreuerin oder der Betreuer der Arbeit sein kann. ²§ 16 Absatz 1 gilt entsprechend.

(6) ¹Für eine etwaige geforderte mündliche Abschlussprüfung am Ende des Bachelor-Studiums, für eine etwaige mündliche Prüfung über den Inhalt der Bachelor-Arbeit und für ein etwaiges gefordertes, zur Bachelor-Arbeit gehöriges Abschluss-Kolloquium gelten, soweit hier, im Besonderen Teil dieser Prüfungsordnung oder im Modulhandbuch nichts Abweichendes geregelt ist, die Regelungen über mündliche Prüfungsleistungen entsprechend. ²Sie werden von zwei Personen als Prüferin oder Prüfer bewertet, ein Beisitzer oder eine Beisitzerin sind nicht hinzuzuziehen; für die Benotung gilt § 16.

V. Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen

§ 20 Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen

(1) ¹Eine Prüfungsleistung ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde; eine Modulabschlussprüfung, die sich aus mehreren Prüfungsleistungen zusammensetzt, ist soweit im Modulhandbuch nichts Abweichendes geregelt ist bestanden, wenn jede der Prüfungsleistungen jeweils für sich genommen bestanden ist. ²Die Bachelor-Arbeit sowie eine etwaige geforderte mündliche Abschlussprüfung am Ende des Bachelor-Studiums, eine etwaige mündliche Prüfung über den Inhalt der Bachelor-Arbeit und ein etwaiges gefordertes, zur Bachelor-Arbeit gehöriges Abschluss-Kolloquium sind bestanden, wenn sie mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurden; sie müssen jeweils für sich bestanden sein.

(2) ¹Hat die Kandidatin oder der Kandidat eine studienbegleitende Prüfungsleistung oder die Bachelorarbeit nicht bestanden, so erteilt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ihr oder ihm hierüber Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung, die auch darüber Auskunft gibt, ob und in welchem Umfang die Prüfungsleistung wiederholt werden kann. ²Außer bei Nichtbestehen der Bachelorarbeit kann die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses auch auf andere Art und Weise erfolgen. ³Für eine etwaige geforderte mündliche Abschlussprüfung am Ende des Bachelor-Studiums, für eine etwaige mündliche Prüfung über den Inhalt der Bachelor-Arbeit und für ein etwaiges gefordertes, zur Bachelor-Arbeit gehöriges Abschluss-Kolloquium gelten die Regelungen zur Bachelor-Arbeit in den Sätzen 1 und 2 entsprechend.

(3) ¹Hat eine Kandidatin oder ein Kandidat eine studienbegleitende Prüfungsleistung, die nach dieser Ordnung etwaig vorgesehene Orientierungsprüfung oder die nach dieser Ordnung etwaig vorgesehene Zwischenprüfung endgültig nicht bestanden, wird ihr oder ihm auf ihren oder seinen Antrag hin gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise vom Prüfungsausschuss eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen

gen und deren Noten sowie die zur jeweiligen Prüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Prüfung nicht bestanden ist. ²Entsprechendes gilt, wenn der Prüfungsanspruch erloschen ist.

(4) Werden Prüfungsleistungen aus anderen Studiengängen importiert, so gelten für Bestehen und Nichtbestehen dieser Prüfungsleistung die Bestimmungen des Studienganges, aus dem die Prüfung stammt.

VI. Wiederholung nicht bestandener Prüfungen

§ 21 Wiederholung studienbegleitender Prüfungsleistungen

(1) ¹Für die Wiederholung der als möglicher Bestandteil einer evtl. vorgesehenen Orientierungs- oder einer evtl. vorgesehenen Zwischenprüfung geforderten studienbegleitenden Prüfungsleistungen gelten vorrangig die dazu ggf. in der Studien- und Prüfungsordnung getroffenen besonderen Regelungen; ansonsten können studienbegleitende Prüfungsleistungen, die nicht bestanden wurden oder als nicht bestanden gelten, zweimal wiederholt werden. ²Der Prüfungsausschuss kann festlegen, dass bzw. ggf. inwieweit Prüfungsanmeldungen gemäß § 13 Absatz 1 zugleich als bedingte Anmeldung auch zu den entsprechenden Wiederholungsprüfungen gelten. ³Bei einer Wiederholungsprüfung werden nur die Prüfungsleistungen wiederholt, die beim vorangehenden Prüfungsversuch schlechter als mit einschließlich „ausreichend“ (4,0) benotet wurden; die Noten der übrigen Prüfungsleistungen des vorangehenden Prüfungsversuchs werden bei der Notenberechnung berücksichtigt.

(2) ¹An der Wiederholungsprüfung ist – unter Beachtung einer nach der Studien- und Prüfungsordnung etwa vorgesehenen Frist für die Orientierungsprüfung und einer nach der Studien- und Prüfungsordnung etwa vorgesehenen Frist für die Zwischenprüfung oder Bachelor-Prüfung – für die erste Wiederholung im selben Semester oder spätestens im dritten Semester nach der jeweiligen erstmaligen nicht bestandenen Prüfungsleistung und für jede weitere ggf. zulässige Wiederholung im selben Semester oder spätestens jeweils im auf das für die vorangehende Wiederholung spätestens vorgesehenen Semester folgenden Semester teilzunehmen. ²Die Wiederholungen finden soweit in der Studien- und Prüfungsordnung oder im Modulhandbuch nichts Abweichendes geregelt ist in der Regel zeitlich und vom Inhalt her im Rahmen der für diese Prüfung vorgesehenen regulären Prüfungstermine statt. ³Bei Versäumnis der Frist für eine Wiederholungsprüfung ist diese mit „nicht ausreichend“ (5,0) zu bewerten, es sei denn, die oder der Studierende hat das Versäumnis nicht zu vertreten. ⁴Die in Satz 1 genannten Fristen für die Wiederholung können in begründeten Fällen auf Antrag vom Prüfungsausschuss verlängert werden.

(3) Wurde die nicht bestandene Prüfung oder Prüfungsleistung spätestens sechs Wochen vor Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters erbracht und ist das Bestehen der Wiederholungsprüfung Bedingung für die Zulassung zu einer Prüfungsleistung des folgenden Semesters oder für den Besuch einer Lehrveranstaltung des folgenden Semesters, so soll der oder dem Studierenden auf Antrag gegenüber dem Prüfungsausschuss hin Gelegenheit gegeben werden, die Wiederholungsprüfung so rechtzeitig abzulegen, dass sie oder er zu dieser Prüfungsleistung zugelassen werden bzw. die Lehrveranstaltung besuchen kann.

(4) Zwischen der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses der Erstprüfung und der Wiederholungsprüfung müssen in der Regel mindestens vier Wochen liegen.

(5) ¹Bei einer Wiederholungsprüfung, die nicht im Rahmen der Prüfungstermine der auf die nicht bestandene Prüfung folgenden Semester abgelegt wird, kann die Art der zu erbringenden Prüfungsleistung von der in den fachspezifischen Bestimmungen und insbesondere im Modulhandbuch festgelegten Prüfungsart abweichen, sofern die fachspezifischen Gegebenheiten dies erfordern. ²Art und Umfang der in der Wiederholungsprüfung zu erbringenden

Prüfungsleistung oder Prüfungsleistungen sind der oder dem Studierenden in diesem Fall spätestens zusammen mit dem Wiederholungstermin mitzuteilen.

(6) Die Wiederholung einer bestandenen Prüfungsleistung ist nicht zulässig.

§ 22 Wiederholung der Bachelor-Arbeit sowie etwaiger mündlicher Prüfungen, die am Ende des Studiums zu erbringen sind

(1) ¹Eine Bachelor-Arbeit, die nicht bestanden ist oder als nicht bestanden gilt, kann einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. ²Der Antrag auf Wiederholung muss spätestens zwei Monate nach Bestandskraft des Prüfungsbescheides eingereicht werden; bei Versäumnis dieser Frist erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, die oder der Studierende hat das Versäumnis nicht zu vertreten. ³Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten vier Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden; in diesem Fall beginnt die Frist für die Bearbeitung des Themas erneut von vorn zu laufen. ⁴Eine Rückgabe des Themas ist bei einer Wiederholung nur dann zulässig, wenn die oder der Studierende bei der Anfertigung ihrer oder seiner ersten Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

(2) Die Wiederholung einer bestandenen Bachelor-Arbeit ist nicht zulässig.

(3) ¹Für eine etwaige geforderte mündliche Abschlussprüfung am Ende des Bachelor-Studiums, eine etwaige mündliche Prüfung über den Inhalt der Bachelor-Arbeit und ein etwaiges gefordertes, zur Bachelor-Arbeit gehöriges Abschluss-Kolloquium gelten jeweils die Vorschriften des Absatz 1 Sätze 1 und 2 sowie Absatz 2 entsprechend.

VII. Bachelor-Gesamtnote

§ 23 Bildung der Bachelor-Gesamtnote

(1) Ist die Bachelor-Prüfung bestanden, so wird eine Bachelor-Gesamtnote gebildet, wobei als Berechnungsgrundlage jeweils die entsprechenden Dezimalnoten anzusetzen sind.

(2) ¹Die Berechnung der Bachelor-Gesamtnote ergibt sich aus dem Besonderen Teil dieser Prüfungsordnung. ²Für die Bachelor-Note gelten soweit in dieser Ordnung und insbesondere im Besonderen Teil dieser Ordnung nichts Abweichendes geregelt ist § 16 Absatz 2 und § 16 Absatz 3 Satz 2 entsprechend.

VIII. Prüfungszeugnis, Urkunde, Bescheinigung

§ 24 Zeugnis und weitere Nachweise

(1) ¹Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Bachelor-Prüfung bestanden, so erhält sie oder er ein Zeugnis. ²In das Zeugnis werden die Bachelor-Gesamtnote und das Thema der Bachelor-Arbeit eingetragen. ³Das Zeugnis wird von der Dekanin oder dem Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet. ⁴Es trägt das Datum des Tages, an dem die letzte zur Bachelor-Prüfung gehörende Prüfungsleistung erbracht worden ist. ⁵Es wird in deutscher Sprache ausgestellt; auf Antrag wird eine Übersetzung in englischer Sprache ausgehändigt.

(2) ¹Die Hochschule stellt ein Diploma Supplement (DS) entsprechend dem „Diploma Supplement Modell“ der Europäischen Kommission, des Europarats und der UNESCO, welches das Profil des Studiengangs darstellt, sowie eine Leistungsübersicht (Transcript of

Records), jeweils in deutscher Sprache, aus; auf Antrag wird eine Übersetzung in englischer Sprache ausgehändigt.

²Die Leistungsübersicht enthält folgende Angaben:

- die im Laufe des Bachelor-Studiums belegten Module sowie ihre Komponenten und ihre ECTS-Punkte im fachspezifischen Bereich sowie im Bereich überfachlicher berufsfeldorientierter Kompetenzen,
- die Modulnoten,
- die Note der Bachelor-Arbeit und einer etwaigen vorgesehenen mündlichen Abschlussprüfung am Ende des Bachelor-Studiums, einer etwaigen mündlichen Prüfung über den Inhalt der Bachelor-Arbeit und eines etwaigen geforderten, zur Bachelor-Arbeit gehörigen Abschluss-Kolloquiums.

³Die Notenangaben erfolgen dabei jeweils in Form von Dezimalnoten.

(3) ¹Die Gesamtnote wird auf Grundlage des European Credit Transfer and Accumulation System ergänzt durch eine relative Note. ²Dies kann erfolgen insbesondere durch die Angabe eines ECTS-Grades nach der folgenden Bewertungsskala im Zeugnis oder in der Leistungsübersicht

die besten	10%	Grad A
die nächsten	25%	Grad B
die nächsten	30%	Grad C
die nächsten	25%	Grad D
die nächsten	10%	Grad E
nicht bestanden		Grad F

oder sofern die hierzu erforderlichen Daten vorliegen entsprechend dem ECTS Users' Guide durch eine ECTS-Einstufungstabelle (Angabe der statistischen Verteilung der Noten in von Hundert bestimmter Prüfungskohorten) im Diploma Supplement. ³Einzelheiten zur Angabe der relativen Note legt der Prüfungsausschuss unter Berücksichtigung der europäischen Rahmenvorgaben fest.

§ 25 Urkunde

(1) ¹Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Bachelor-Prüfung erhält die Kandidatin oder der Kandidat eine Bachelor-Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses. ²Darin wird die Verleihung des akademischen Bachelorgrades nach § 2 beurkundet. ³Auf Antrag wird auch eine englische Übersetzung der Urkunde ausgehändigt.

(2) Die Bachelor-Urkunde wird von der Dekanin oder dem Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität versehen.

(3) Der akademische Grad darf erst nach der Aushändigung der Urkunde geführt werden.

§ 26 Bescheinigung bei Nichtbestehen der Gesamtprüfung

(1) Studierende, die die Bachelor-Prüfung endgültig nicht bestanden haben, erhalten hierüber vom Prüfungsausschuss einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(2) ¹Hat die oder der Studierende die Bachelor-Prüfung endgültig nicht bestanden, so wird ihr oder ihm auf Antrag eine von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnete schriftliche Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen und gegebenenfalls die Studienleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Bachelor-Prüfung insgesamt endgültig nicht bestanden ist. ²Entsprechendes gilt, wenn der Prüfungsanspruch erloschen ist.

IX. Schlussbestimmungen

§ 27 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) ¹Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn die Kandidatin oder der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint, ohne dass sie oder er sich in der vom Prüfungsausschuss festgelegten Form fristgerecht von diesem abgemeldet hat oder wenn sie oder er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. ²Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche oder praktische Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird. ³Die Abmeldung von einer schriftlichen oder praktischen Prüfungsleistung oder der Bachelor-Arbeit ohne Angabe von Gründen ist bis einschließlich zum Beginn der Prüfung möglich. ⁴Bei mündlichen Prüfungsleistungen muss die Abmeldung spätestens einschließlich am siebten Werktag (ohne Samstag) vor dem ersten Tag des betreffenden Prüfungstermins erklärt werden.

(2) ¹Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Bei Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten oder eines von ihr oder ihm zu versorgenden Kindes kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden, in besonderen Zweifelsfällen kann ein amtsärztliches Attest verlangt werden. ³Werden die Gründe anerkannt, so wird ein neuer Termin anberaumt. ⁴Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) ¹Versucht eine Kandidatin oder ein Kandidat, das Ergebnis ihrer oder seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, so gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. ²Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die oder der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder von der aufsichtsführenden Person von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. ³In schwerwiegenden Fällen der Sätze 1 und 2 kann der Prüfungsausschuss die Kandidatin oder den Kandidaten von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(4) ¹Über die Anerkennung der Gründe für Versäumnis und Rücktritt entscheidet der Prüfungsausschuss. ²Die Kandidatin oder der Kandidat kann innerhalb einer Frist von einem Monat verlangen, dass Entscheidungen nach Absatz 3 vom Prüfungsausschuss überprüft werden.

(5) Werden Prüfungsleistungen aus anderen Studiengängen importiert, so gelten für Abmeldung, Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstöße hinsichtlich dieser Prüfungsleistungen die Bestimmungen des Studienganges, aus dem die Prüfung stammt.

§ 28 Schutzbestimmungen

(1) ¹Die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Schutzfristen des Mutterschutzgesetzes sowie der Fristen für die Elternzeit nach Maßgabe des jeweils gültigen Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) wird gewährleistet, die Möglichkeit der Wahrnehmung von Familienpflichten nach § 32 Absatz 4 Nummer 5 Landeshochschulgesetz wird ebenfalls gewährleistet. ²Der Prüfungsausschuss entscheidet auf Antrag über die Fristverlängerung und deren Dauer.

(2) ¹Studierende, die, ohne studierunfähig zu sein, wegen länger andauernder Krankheit oder wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage sind, die Lehrveranstaltungen regelmäßig zu besuchen oder die erwarteten Studien- bzw. Prüfungsleistungen oder etwaige Ergänzungsleistungen zu erbringen, sind auf Antrag beim

Prüfungsausschuss hin berechtigt, eine nach der Studien- und Prüfungsordnung etwa vorgesehene Orientierungsprüfung und eine nach der Studien- und Prüfungsordnung etwa vorgesehene Zwischenprüfung innerhalb einer angemessenen Frist nach Ablauf der in dieser Prüfungsordnung etwaig hierfür vorgesehenen Fristen abzulegen; Entsprechendes gilt soweit in der Studien- und Prüfungsordnung eine Frist für die Erbringung der Bachelor-Prüfung vorgesehen ist. ²Die oder der Studierende hat anzugeben, um welchen Zeitraum eine Verlängerung der Fristen beantragt wird, der Prüfungsausschuss entscheidet über die Dauer der Verlängerung. ³Dem Antrag sind entsprechende Nachweise, insbesondere ärztliche Atteste, beizulegen. ⁴In besonderen Zweifelsfällen kann die Universität die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangen. ⁵Die oder der Studierende ist verpflichtet, Änderungen in den Voraussetzungen unverzüglich mitzuteilen. ⁶Der Prüfungsausschuss hat zu prüfen, ob die vorstehend genannten Voraussetzungen vorliegen und teilt das Ergebnis sowie gegebenenfalls die neu festgesetzten Prüfungsfristen der oder dem Studierenden unverzüglich mit.

(3) Eine Tätigkeit als gewähltes Mitglied in gesetzlich vorgesehenen Gremien oder satzungsmäßigen Organen der Hochschule oder des Studierendenwerks während mindestens eines Jahres kann bis zu einem Studienjahr bei der Berechnung der Prüfungsfristen unberücksichtigt bleiben; die Entscheidung darüber trifft die Rektorin oder der Rektor.

§ 29 Ungültigkeit einer Prüfung oder Prüfungsleistung

(1) ¹Hat die Kandidatin oder der Kandidat bei einer Prüfungsleistung getäuscht, so kann, auch wenn diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt wird, die Note der Prüfungsleistung, bei deren Erbringung die Kandidatin oder der Kandidat getäuscht hat, berichtigt werden. ²Soweit dadurch erforderlich kann in diesen Fällen die Prüfung und die Prüfungsleistung für „nicht ausreichend“ und eine nach der Studien- und Prüfungsordnung etwaig geforderte Orientierungs- und Zwischenprüfung sowie die Bachelor-Prüfung für nicht bestanden erklärt werden.

(2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung oder Prüfungsleistung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin oder der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung bzw. Prüfungsleistung geheilt. ²Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so können die Noten der Prüfungsleistungen, auf die sich die Täuschung bezog, für „nicht ausreichend“ erklärt und entsprechend berichtigt werden. ³Bei aus mehreren Komponenten bestehenden Prüfungsleistungen können auch die Noten der Gesamt-Prüfungsleistung entsprechend berichtigt und soweit dadurch erforderlich für „nicht ausreichend“ erklärt werden; soweit erforderlich wird eine nach der Studien- und Prüfungsordnung etwaig geforderte Orientierungs- und Zwischenprüfung sowie die Bachelor-Prüfung für nicht bestanden erklärt.

(3) ¹Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben. ²Die Möglichkeit einer Entziehung des akademischen Bachelorgrades nach den gesetzlichen Bestimmungen besteht unbeschadet der Absätze 1 und 2.

(4) ¹Das unrichtige Prüfungszeugnis sowie ein etwaiges unrichtiges Transcript of Records sind einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. ²Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die Bachelor-Urkunde einzuziehen, wenn die Prüfung oder Prüfungsleistung aufgrund einer Täuschungshandlung nach Absatz 1 oder Absatz 2 Satz 2 für nicht bestanden erklärt wurde.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten für Studien- und sonstige etwaige Ergänzungsleistungen entsprechend.

§ 30 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluss der Bachelor-Prüfung wird der Absolventin oder dem Absolventen auf Antrag innerhalb eines Jahres Einsicht in ihre oder seine Bachelor-Arbeit und die darauf bezogenen Gutachten und ebenfalls innerhalb eines Jahres in die Protokolle einer etwaigen geforderten mündlichen Abschlussprüfung am Ende des Bachelor-Studiums, einer etwaigen mündlichen Prüfung über den Inhalt der Bachelor-Arbeit und eines etwaigen geforderten, zur Bachelor-Arbeit gehörigen Abschluss-Kolloquiums gewährt.

(2) ¹Für die Einsichtnahme in studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen und in Prüfungsprotokolle zu studienbegleitenden mündlichen Prüfungsleistungen gilt in der Regel eine Frist von vier Wochen nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses. ²Darüber hinaus können zusätzlich allgemeine Termine zur Einsichtnahme in bestimmte Prüfungsleistungen angeboten werden.

(3) ¹Entsprechende Anträge sind schriftlich bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. ²Der Prüfungsausschuss bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 31 Inkrafttreten und Übergangsregelungen

¹Diese Studien- und Prüfungsordnung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Tübingen in Kraft. ²Sie gilt erstmals für Studierende, die ihr Studium im Bachelor-Studiengang B. Sc. Mathematik an der Universität Tübingen zum Sommersemester 2017 aufnehmen. ³Studierende, die ihr Studium im Bachelor-Studiengang B. Sc. Mathematik an der Universität Tübingen vor dem vorstehend genannten Semester aufgenommen haben sind auf schriftlichen Antrag an das Prüfungsamt für den Bachelor-Studiengang B. Sc. Mathematik hin berechtigt, in die durch diese Satzung und das dazugehörige Modulhandbuch erfolgende Neufassung zu wechseln. ⁴Bisher erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen werden dann vorbehaltlich der folgenden Regelungen nach der aufgrund dieser Satzung und dem dazugehörigen Modulhandbuch geltenden Neuregelung angerechnet. ⁵Eine vollständig erbrachte Orientierungs- bzw. Zwischenprüfung nach der bislang geltenden Fassung der Studien- und Prüfungsordnung für den Bachelor-Studiengang B. Sc. Mathematik wird jedoch anerkannt. ⁶Wird ein Antrag nach Satz 3 nicht gestellt, so gelten vorbehaltlich der folgenden Sätze die bislang geltenden Regelungen. ⁷Ein zusätzlicher oder neuer Prüfungsanspruch oder zusätzliche Prüfungsversuche in ein- und derselben Prüfungsleistung werden durch diese Satzung nicht erworben; Fehlversuche bei der Erbringung ein- und derselben Prüfungsleistung nach der bisher geltenden Regelung werden angerechnet. ⁸Darüber hinaus kann der Prüfungsausschuss als Übergangsregelung, insbesondere falls die bisherigen Veranstaltungen nicht mehr wie bislang angeboten werden oder einzelne solche Veranstaltungen bereits absolviert wurden, geeignet abweichende Regelungen im Einzelfall treffen, insbesondere gegebenenfalls unter teilweiser Anrechnung bzw. Erteilung von Auflagen bzw. eines sog. learning agreements.

Tübingen, den 22.03.2017

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

Studien- und Prüfungsordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Mathematik mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B. Sc.) – Besonderer Teil –

Aufgrund von § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummer 9 und § 32 Absatz 3 Landeshochschulgesetz in der Fassung vom 01.04.2014 (GBl. S. 99), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Februar 2016 (GBl. S. 108, 118), hat der Senat der Universität Tübingen in seiner Sitzung am 16.03.2017 den nachstehenden Besonderen Teil der Studien- und Prüfungsordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Mathematik mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B. Sc.) beschlossen.

Der Rektor hat seine Zustimmung am 22.03.2017 erteilt.

Inhaltsverzeichnis:

Besonderer Teil

- § 1 Geltung des Allgemeinen Teils
- I. Ziele, Inhalte und Aufbau des Studiums**
- § 2 Studieninhalte und Studienziele, Regelstudienzeit, Studienumfang, Studienbeginn
- § 3 Studienaufbau
- II. Vermittlung der Studieninhalte**
- § 4 Arten von Lehrveranstaltungen innerhalb der Module
- § 5 Studien- und Prüfungssprachen
- § 6 Arten von Prüfungsleistungen
- III. Organisation der Lehre und des Studiums**
- § 7 Studienumfang
- IV. Orientierungsprüfung**
- § 8 Orientierungsprüfung
- V. Zwischenprüfung**
- § 9 Zwischenprüfung
- VI. Bachelor-Prüfung und Bachelor-Gesamtnote**
- § 10 Art und Durchführung der Bachelor-Prüfung
- § 11 Bachelorarbeit
- § 12 Bildung der Bachelor-Gesamtnote
- VII. Schlussbestimmungen**
- § 13 Inkrafttreten, Übergangsregelung

§ 1 Geltung des Allgemeinen Teils

Die Studien- und Prüfungsordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Mathematik mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B. Sc.) – Allgemeiner Teil – ist in der jeweils geltenden Fassung Bestandteil dieser Ordnung, soweit hier keine spezielleren Regelungen getroffen werden.

I. Ziele, Inhalte und Aufbau des Studiums

§ 2 Studieninhalte und Studienziele, Regelstudienzeit, Studienumfang, Studienbeginn

(1) ¹Der Bachelorstudiengang ist ein grundständiger wissenschaftlicher Studiengang, der zu einem ersten berufsqualifizierenden akademischen Abschluss führt. ²Er hat zum Ziel, wissenschaftliche Grundlagen, Methodenkompetenz und berufsfeldbezogene Qualifikationen zu vermitteln und zu fördern. ³Durch die Bachelorprüfung soll festgestellt werden, ob die Kandidatin oder der Kandidat die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen grundlegenden wissenschaftlichen Fachkenntnisse erworben hat, in wichtigen Teilgebieten der Mathematik mit charakteristischen Methoden mathematischen Schließens und Arbeitens vertraut ist und die Fähigkeit besitzt, sich in Probleme in anwendungs- oder forschungsbezogenen Tätigkeitsfeldern selbständig einzuarbeiten und auf Veränderungen in den Anforderungen der Berufswelt einzustellen. ⁴Die von den Studierenden zu erwerbenden Qualifikationsziele sind im Modulhandbuch ausgewiesen.

(2) ¹Die Regelstudienzeit im Bachelor-Studiengang Mathematik ist in § 1 Absatz 6 des Allgemeinen Teils dieser Ordnung geregelt. ²Der Erwerb von insgesamt 180 Leistungspunkten ist Voraussetzung, um diesen Bachelor-Studiengang erfolgreich abzuschließen. ³Der Beginn des Studiums (Winter- bzw. Sommersemester) ist in der Zulassungs- und Immatrikulationsordnung der Universität Tübingen in ihrer jeweils gültigen Fassung geregelt.

§ 3 Studienaufbau

(1) ¹Das Bachelor-Studium Mathematik gliedert sich in drei Studienjahre. ²Das dritte Jahr schließt mit der Bachelorprüfung ab.

(2) ¹Die Leistungen im Rahmen des Bachelorstudiums werden in Form von Modulen erbracht. ²Dabei werden neben dem Modul Bachelorarbeit die folgenden Arten von Modulen unterschieden:

1. Pflichtmodule: Diese haben alle Studierenden zu belegen, ohne dass eine Wahlmöglichkeit hinsichtlich der Lehrveranstaltungen innerhalb des Moduls besteht; die dazugehörigen Studienleistungen müssen erbracht und die zugehörigen Prüfungsleistungen müssen bestanden werden.
2. Pflichtmodule mit Wahlmöglichkeit: Die Studierenden können innerhalb des Moduls aus einer im Modulhandbuch aufgeführten Liste Lehrveranstaltungen im vorgegebenen Umfang auswählen und müssen die zugehörigen Studienleistungen erbringen und die zugehörigen Prüfungsleistungen bestehen; im Falle des Nichtbestehens einer Prüfungsleistung kann die gewählte Lehrveranstaltung unter Anrechnung auf die zulässige Zahl der Wiederholungsmöglichkeiten mit Genehmigung des Prüfungsausschusses durch eine andere für dieses Modul laut Modulhandbuch vorgesehene Lehrveranstaltung ersetzt werden, in diesem Falle müssen die zugehörigen Studienleistungen erneut erbracht werden; mit Genehmigung des Prüfungsausschusses können auch andere als die im Modulhandbuch aufgeführten Lehrveranstaltungen im Modul eingebracht werden.
3. Wahlpflichtmodule: Die Studierenden haben freie Auswahl – in der Regel innerhalb eines definierten Modul- oder Lehrveranstaltungskatalogs – und können das Modul bei Nichtbestehen ohne Anrechnung auf die zulässige Zahl an Wiederholungsmöglichkeiten durch ein anderes Modul ersetzen; ein Rückwechsel ist ausgeschlossen.

(3) ¹Die Studierenden absolvieren ein Programm von 180 Leistungspunkten, welches aus den in der folgenden Tabelle genannten Modulen besteht:

Empfohlenes Semester	Modul-Nr.	Modulbezeichnung (inklusive Angabe der Modulteile)	Art der Veranstaltung(en)	Art des Moduls	Studienleistung	Modulabschluss (Art der Prüfung)	Leistungspunkte
Abschnitt 1: Grundlagen der Mathematik							
1+2	MAT-10-01	Analysis		PM		mP	18
		- Analysis 1	V+Ü		ÜN		
		- Analysis 2	V+Ü		ÜN		
1+2	MAT-10-02	Lineare Algebra		PM		mP	18
		- Lineare Algebra 1	V+Ü		ÜN		
		- Lineare Algebra 2	V+Ü		ÜN		
Abschnitt 2: Aufbauende Pflichtmodule							
3-4	MAT-20-01	Maß- und Integrationstheorie	V+Ü	PM	ÜN	K o. mP	9
3-4	MAT-20-02	Einführung Funktionentheorie und Gewöhnliche Differentialgleichungen	V+Ü	PM	ÜN	K o. mP	9
3-4	MAT-20-03	Algebra	V+Ü	PM	ÜN	K o. mP	9
3-4	MAT-20-11	Numerik	V+Ü+PÜ	PM	ÜN+PÜN	K o. mP	12
3-4	MAT-20-12	Stochastik	V+Ü	PM	ÜN	K o. mP	9
3-4	MAT-20-20	Proseminar Mathematische Vorträge	PS	PMW		R	3
Abschnitt 3: Erweiterungswissen Mathematik							
5 oder 6	MAT-30-01	Weiterführende Mathematik 1	V+Ü	PMW	ÜN	K o. mP	9
5 oder 6	MAT-30-02	Weiterführende Mathematik 2	V+Ü	PMW	ÜN	K o. mP	9
5 oder 6	MAT-30-03	Vernetzung mathematischer Bereiche	V+Ü	PMW	ÜN	K o. mP	9
5 oder 6	MAT-30-10	Seminar Vorträge zu weiterführenden Themen in der Mathematik	S	PMW		R	3

Abschnitt 4: Freier Wahlbereich							
1-6		Module aus den Studiengängen der Fachbereiche Biologie, Chemie, Geowissenschaften, Informatik, Mathematik, Philosophie - Rhetorik – Medien, Geschichtswissenschaft, Physik, Psychologie und Wirtschaftswissenschaft (nähere Regelung siehe Modulhandbuch)		WPM	je nach gewählter Veranstaltung, siehe Modulhandbuch	je nach gewählter Veranstaltung, siehe Modulhandbuch	33
Abschnitt 5: Überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen							
1-6		Module aus dem Angebot der Universität zum Bereich überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen (nähere Regelung siehe Modulhandbuch)		WPM	je nach gewählter Veranstaltung, siehe Modulhandbuch	je nach gewählter Veranstaltung, siehe Modulhandbuch	18
Abschnitt 6: Abschlussarbeit							
6	MAT-30-20	Bachelorarbeit		PM		BA	12
Summe							180
Glossar: V=Vorlesung, PS=Proseminar, PÜ=Programmierübungen, S=Seminar, Ü=Übungen PM=Pflichtmodul, WPM=Wahlpflichtmodul, PMW=Pflichtmodul mit Wahlmöglichkeit ÜN=Übungsnachweis, PÜN=Übungsnachweis zu Programmierübungen BA=Bachelorarbeit, mP=mündliche Prüfung, K=Klausur, o.=oder, R=Referat							

(4) Soweit Wahlmöglichkeiten bestehen, sind diese, sofern keine abweichende Genehmigung durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses erfolgt, durch die Studierenden so auszuüben, dass die in den jeweiligen Modulen und im Abschnitt 4: Freier Wahlbereich und im Abschnitt 5: Überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen vorgesehene Zahl an Leistungspunkten jeweils genau erreicht wird.

(5) ¹Im Bereich überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen sind insgesamt 21 Leistungspunkte zu erwerben. ²Insgesamt 3 Leistungspunkte der 21 Leistungspunkte aus dem Bereich überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen werden integriert in Fachveranstaltungen durch das Modul „Numerik“ (3 Leistungspunkte überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen) erworben. ³Die verbleibenden 18 Leistungspunkte aus dem Bereich überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen werden im Rahmen des o.g. Abschnitts Abschnitt 5: Überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen (18 Leistungspunkte überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen) erbracht.

(6) ¹Im Abschnitt 4 Freier Wahlbereich können Module im Umfang von 33 Leistungspunkten aus den Studiengängen der Fachbereiche Biologie, Chemie, Geowissenschaften, Informatik,

Mathematik, Philosophie – Rhetorik – Medien, Geschichtswissenschaft, Physik, Psychologie und Wirtschaftswissenschaft unter Berücksichtigung der ggf. einschränkenden Regelungen des Modulhandbuchs eingebracht werden. ²Über die Zulassung von Modulen anderer Studiengänge entscheidet auf schriftlichen Antrag der oder des Studierenden der Prüfungsausschuss. ³Mit Genehmigung des Prüfungsausschusses können Leistungen, die im Freien Wahlbereich erbracht wurden, bestandene, nicht-bestandene oder noch nicht erbrachte Leistungen in Abschnitt 3 Erweiterungswissen Mathematik ersetzen, sofern die Leistungen den dort zu erbringenden Leistungen, insbesondere im Hinblick auf die zu erwerbenden Kompetenzen, äquivalent sind.

(7) ¹Das Erbringen bestimmter Mindestleistungen in angemessenen Fristen bildet die Grundlage für eine Fortführung des Studiums. ²Daher muss von den in den Modulen des Abschnitts 1 in Absatz 3 als Studienleistung jeweils vorgesehenen zwei Übungsnachweisen bis zum Ende des dritten Fachsemesters jeweils mindestens ein Übungsnachweis erworben worden sein. ³Ist dies nicht der Fall, wird die oder der Studierende vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu einem Beratungsgespräch eingeladen. ⁴Der Prüfungsausschuss kann die Durchführung des Beratungsgesprächs an andere Mitglieder des Prüfungsausschusses oder den Studiendekan delegieren.

(8) Die Regelungen im Modulhandbuch zu den Modulen des Abschnitts 4: Freier Wahlbereich und des Abschnitts 5: Überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen können auch im für das jeweils gewählte Modul gültigen Modulhandbuch eines anderen Studienganges, der dieses Modul verwendet bzw. anbietet getroffen werden bzw. im Modulhandbuch des Studienganges B. Sc. Mathematik auf diese Modulhandbücher anderer Studiengänge verwiesen werden.

II. Vermittlung der Studieninhalte

§ 4 Arten von Lehrveranstaltungen innerhalb der Module

¹Lehrveranstaltungen insbesondere der folgenden Arten können angeboten werden:

1. Vorlesungen;
2. Proseminare und Seminare;
3. Übungen und Programmierübungen.

²Für Lehrveranstaltungen, die ganz oder überwiegend aus Elementen der Veranstaltungstypen von Satz 1 Ziffer 2 bis 3 bestehen, können im Rahmen von § 30 Absatz 5 Satz 1 LHG zahlenmäßige Zugangsbeschränkungen festgelegt werden, wenn ansonsten eine ordnungsgemäße Ausbildung nicht gewährleistet werden könnte oder die Beschränkung aus sonstigen Gründen der Forschung oder Lehre erforderlich ist. ³In diesen Lehrveranstaltungen sollen insbesondere fachspezifische Arbeitstechniken und auch überfachliche berufsfeldorientierte Qualifikationen vermittelt werden. ⁴Außerdem sollen die Studierenden die Gelegenheit haben, in kleineren Gruppen die Fähigkeit zu entwickeln, erarbeitete Kenntnisse mündlich und schriftlich wiederzugeben. ⁵Im Rahmen von § 30 Absatz 5 Satz 1 LHG kann das Recht zur Teilnahme an Lehrveranstaltungen darüber hinaus beschränkt werden oder der Zugang zu einem Studienabschnitt von dem Erbringen bestimmter Studienleistungen abhängig gemacht werden, wenn ansonsten eine ordnungsgemäße Ausbildung nicht gewährleistet werden könnte oder die Beschränkung aus sonstigen Gründen der Forschung oder Lehre erforderlich ist.

§ 5 Studien- und Prüfungssprachen

¹Die Studien- und Prüfungssprache im Bachelorstudiengang Mathematik ist deutsch. ²Lehrveranstaltungen und Prüfungen können auch in englischer Sprache abgehalten werden; es wird vorausgesetzt, dass die Studierenden über ausreichende englische Sprach-

kenntnisse verfügen. ³In Veranstaltungen zur Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen können Lehrveranstaltungen und Prüfungen auch in der jeweiligen Fremdsprache abgehalten werden.

§ 6 Arten von Prüfungsleistungen

¹Die konkret in den einzelnen Modulen in den Abschnitten 1-3 sowie 6 in § 3 Absatz 3 geforderten Prüfungsleistungen sind in §3 Absatz 3 aufgeführt. ²Für die Module in Abschnitt 4 Freier Wahlbereich und Abschnitt 5 Überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen sind die zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen dem Modulhandbuch zu entnehmen, dabei kann auch auf das Modulhandbuch des Bereichs, aus dem die in diesen Modulen absolvierte Veranstaltung stammt, verwiesen werden.

III. Organisation der Lehre und des Studiums

§ 7 Studienumfang

Der erforderliche Studienumfang ergibt sich aus dem Allgemeinen Teil der Studien- und Prüfungsordnung, der Studienaufbau und die Module insbesondere aus § 3 des Besonderen Teils der Studien- und Prüfungsordnung in Verbindung mit dem Modulhandbuch.

IV. Orientierungsprüfung

§ 8 Orientierungsprüfung

¹Eine Orientierungsprüfung ist derzeit nicht vorgesehen.

V. Zwischenprüfung

§ 9 Zwischenprüfung

Eine Zwischenprüfung ist derzeit nicht vorgesehen.

VI. Bachelor-Prüfung und Bachelor-Gesamtnote

§ 10 Art und Durchführung der Bachelor-Prüfung

¹Fachliche Zulassungsvoraussetzung für die Bachelorarbeit ist neben den im Allgemeinen Teil dieser Ordnung genannten Voraussetzungen

- der Erwerb der Leistungspunkte des Moduls „Analysis“, und
- der Erwerb der Leistungspunkte des Moduls „Lineare Algebra“, sowie
- der Erwerb von zusammen insgesamt mindestens 50 weiteren Leistungspunkten aus Modulen der in § 3 Abs. 2 genannten Abschnitte Abschnitt 2 und Abschnitt 3.

§ 11 Bachelorarbeit

Die Bachelorarbeit ist in § 19 des Allgemeinen Teils dieser Ordnung geregelt.

§ 12 Bildung der Bachelor-Gesamtnote

¹Die Gesamtnote der Bachelorprüfung ergibt sich unter Berücksichtigung der weiteren

Regelungen in § 23 des Allgemeinen Teils dieser Ordnung aus dem nach den Leistungspunkten des Moduls gewichteten Durchschnitt aller Noten der benoteten Module. ²Dabei werden jedoch die Module der in § 3 Abs. 3 genannten Abschnitte Abschnitt 4: Freier Wahlbereich und Abschnitt 5: Überfachliche berufsfeldorientierte Kompetenzen nicht mit in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen.

VII. Schlussbestimmungen

§ 13 Inkrafttreten, Übergangsregelung

¹Diese Ordnung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Tübingen in Kraft. ²Sie gilt erstmals für Studierende, die ihr Studium im Bachelor-Studiengang B. Sc. Mathematik an der Universität Tübingen zum Sommersemester 2017 aufnehmen. ³Übergangsregelungen ergeben sich gegebenenfalls aus dem Allgemeinen Teil dieser Studien- und Prüfungsordnung.

Tübingen, den 22.03.2017

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

Erste Satzung zur Änderung der Studien- und Prüfungsordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Neurobiologie mit akademischer Abschlussprüfung Master of Science (M. Sc.) – Besonderer Teil –

Aufgrund von §§ 19 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 9, 32 Abs. 3 des Landeshochschulgesetzes (LHG) (GBl. 2005, S. 1) in der Fassung vom 1. April 2014 (GBl. S. 99), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Februar 2016 (GBl. S. 108, 118), hat der Senat der Universität Tübingen in seiner Sitzung am 16. März 2017 die nachfolgenden Änderungen der Studien- und Prüfungsordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Neurobiologie mit akademischer Abschlussprüfung Master of Science (M. Sc.) – Besonderer Teil – (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Tübingen Nr. 5/2015 vom 29. April 2015, S. 136 ff.) beschlossen.

Der Rektor hat seine Zustimmung am 21.03.2017 erteilt.

Artikel 1

1. § 2 Abs. 3 wird folgender Satz angefügt:

„Weitere Voraussetzung für das Studium im Masterstudiengang sind Kenntnisse der englischen Sprache auf einem Niveau von mindestens B2 nach dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER).“

2. Die Tabelle nach § 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Empfohlenes Fachsemester (vorbehaltlich Angebot und etwaiger Änderungen, siehe Modulhandbuch)	Modul-Nr. (vorbehaltlich etwaiger Änderungen, siehe Modulhandbuch)	Modulbezeichnung/ Wahlpflichtbereich	ECTS-Punkte
1	4205	Integrative Neurobiology	12
1	4201	Einführung in die wissenschaftliche Datenverarbeitung und Statistik	9
3	4006	Großpraktikum Neurobiologie	30
1 bzw. 2	-	Wahlpflichtbereich Neurobiologie	9
1 bzw. 2	-	Wahlpflichtbereich Biologie	18
1 bzw. 2	6010	Fächerübergreifendes Mastermodul	12
4	6004	Masterarbeit Neurobiologie	30

3. In § 3 Abs. 3 wird die Zahl „21“ durch die Zahl „9“ ersetzt.

4. § 5 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 5 Studien- und Prüfungssprachen

¹Die Studien- und Prüfungssprachen im Masterstudiengang Neurobiologie sind Deutsch und Englisch. ²Lehrveranstaltungen und Prüfungen können in deutscher oder englischer Sprache stattfinden; es wird vorausgesetzt, dass die Studierenden über ausreichende deutsche und englische Sprachkenntnisse verfügen.“

Artikel 2

Diese Satzung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Tübingen in Kraft. ²Sie gilt erstmals für Studierende, die ihr Studium in diesem Studiengang zum Wintersemester 2017/18 aufnehmen.

Tübingen, den 21.03.2017

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

Benutzungsordnung West-Parkplatz Morgenstelle

Das Rektorat der Eberhard Karls Universität Tübingen hat am 08. März 2017 folgende Parkplatzbenutzungsordnung beschlossen:

1. Geltungsbereich

Diese Benutzungsordnung gilt für den beschränkten West-Parkplatz Morgenstelle mit insgesamt 125 Stellplätzen.

2. Parkberechtigung

2.1 Grundsätzlich parkberechtigt sind immatrikulierte Studierende der Universität, wenn sie mindestens eine der nachfolgend aufgeführten in geeigneter Form nachgewiesenen Voraussetzungen in folgender Priorität erfüllen:

2.1.1 Nachgewiesene Gehbehinderung (aG-Ausweis) soweit sich der Studienplatz in Universitätsgebäuden des Naturwissenschaftlichen Campus Morgenstelle befindet.

2.1.2 Betreuung von pflegebedürftigen Familienangehörigen oder Versorgung von Kindern bis einschließlich Grundschulalter.

2.1.3 Ungünstige Verbindung zwischen Wohnort und Studienplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln (s. Tabelle in der Anlage), sofern die/der Studierende in einem Studiengang immatrikuliert ist, der im Campus-Bereich Morgenstelle verortet ist und dessen Lehrveranstaltungen im Bereich des Hörsaalzentrums Morgenstelle stattfinden. Als verbindliche Grundlage dient die Ortsliste (Anlage 1), die den Erfordernissen angepasst werden kann.

2.2 Die Parkberechtigung ist nicht übertragbar. Die Parkberechtigung begründet keinen Anspruch auf einen Stellplatz. Bei Wegfall der Voraussetzungen für die Parkberechtigung wird der Zugang vom Hausmeisterdienstleistungszentrum (HDLZ) Morgenstelle elektronisch gesperrt. Das Vorliegen der Voraussetzungen für die Parkberechtigung kann vom HDLZ Morgenstelle jederzeit überprüft werden.

3. Vergabeverfahren

3.1 Parkberechtigungen werden vom HDLZ Morgenstelle auf Antrag für die Dauer von jeweils einem Jahr erteilt. Verlängerungen sind möglich, soweit die Parkberechtigung besteht und nachgewiesen wird.

3.2 Im Antrag auf Erteilung einer Parkberechtigung sind zur Ausfertigung der Parkerlaubnis folgende Angaben zu machen: Vorname, Zuname, Adresse, Geburtsdatum, (Mobil-) Telefon, Studienfach, Matrikelnummer, amtliches Kennzeichen des Kraftfahrzeugs. Spätere Änderungen o. g. Angaben sind unverzüglich mitzuteilen.

4. Parkplatzzugang

4.1 Der Zugang zum beschränkten Parkplatz ist nur berechtigten Studierenden mit einer Chipkarte (Studierendenausweis) möglich. Die Freischaltung der Chipkarte erfolgt durch das HDLZ Morgenstelle.

5. Nutzung der Stell- und Verkehrsflächen (Parkordnung)

- 5.1 Fahrzeuge dürfen nur auf den dafür ausgewiesenen Flächen abgestellt werden. Die Zufahrts- und Fußwege, Feuerwehr-/Brandschutzzonen und Grünflächen sind jederzeit frei zu halten.
- 5.2 Fahrzeuge, die in Feuerwehr- und Brandschutzzonen abgestellt werden, können kostenpflichtig abgeschleppt werden, ebenso Fahrzeuge, die auf Flächen abgestellt werden, die nicht als Stellplatz ausgewiesen sind und den Verkehr behindern oder unberechtigt auf Behindertenparkplätzen abgestellt werden. Bei Verstößen gegen die Parkordnung kann auch eine Anzeige wegen Ordnungswidrigkeit erfolgen.
- 5.3 Bei Verstößen gegen die Parkordnung kann der Zugang für eine begrenzte Zeit (zunächst ein Semester) elektronisch gesperrt werden. Bei wiederholten Verstößen gegen die Parkordnung kann die Parkberechtigung zurückgenommen werden.

6. Anspruch und Haftung

Ein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Parkberechtigung besteht nicht. Die Benutzung des Parkplatzes geschieht auf eigene Gefahr der Benutzerinnen und Benutzer. Für Schäden wird seitens des Landes bzw. der Universität im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften keine Haftung übernommen.

7. Inkrafttreten

Diese Benutzungsordnung tritt am Tag nach Veröffentlichung in den "Amtlichen Bekanntmachungen" der Universität Tübingen in Kraft.

Tübingen, den 14. März 2017

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

Anlage 1 - Ortsliste

PB ja/nein	Ort	PB ja/nein	Ort	PB ja/nein	Ort
NEIN	Tübingen (incl. Stadtteile)	NEIN	Dußlingen	NEIN	Reutlingen Kernstadt
		JA	Ofterdingen	NEIN	- Betzingen
NEIN	Rottenburg Kernstadt	NEIN	Nehren	JA	- Sondelfingen
NEIN	- Kiebingen			JA	- Degerschlacht
NEIN	- Wurmlingen	NEIN	Mössingen Kernstadt	JA	- Gönningen
JA	- Wendelsheim	NEIN	- Belsen	JA	- Orschel-Hagen
JA	- Oberndorf	JA	- Talheim		
JA	- Hailfingen	JA	- Öschingen	JA	Pfullingen
JA	- Seebronn			JA	Eningen u. A.
NEIN	- Niedernau	JA	Bodelshausen		
JA	- Obernau			NEIN	Metzingen Kernstadt
NEIN	- Biringen	NEIN	Kusterdingen Hauptort	JA	- Neuhausen
JA	- Eckenweiler	NEIN	- Wankheim		
JA	- Ergenzingen	NEIN	- Mähringen	NEIN	Ammerbuch Entringen
JA	- Baisingen	NEIN	- Immenhausen	NEIN	- Pfäffingen
JA	- Weiler	JA	- Jettenburg	NEIN	- Poltringen
JA	- Dettingen			NEIN	- Altingen
JA	- Hemmendorf	NEIN	Gomaringen Hauptort	NEIN	- Reusten
Ja	- Schwalldorf	JA	- Stockach	NEIN	- Breitenholz
JA	- Frommenhausen				
		NEIN	Dettenhausen	NEIN	Herrenberg Kernstadt
JA	Hirrlingen	NEIN	Kirchentellinsfurt	NEIN	- Gültstein
JA	Starzach	NEIN	Wannweil		
JA	Neustetten				

PB = Parkberechtigung

Änderung des Beschlusses des Rektorats der Universität Tübingen über Festlegungen bezüglich eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens für eine privatrechtliche Integrationsmaßnahme für Menschen mit Fluchthintergrund („Refugee-Kurs“)

Das Rektorat der Eberhard Karls Universität Tübingen beschließt gemäß § 16 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 Landeshochschulgesetz (LHG) die Neufassung des § 2 Abs.1, die Aufhebung des § 2 Abs. 2 sowie die teilweise Aufhebung des Abs. 3 des Beschlusses des Rektorats der Universität Tübingen über Festlegungen bezüglich eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens für eine privatrechtliche Integrationsmaßnahme für Menschen mit Fluchthintergrund („Refugee-Kurs“) vom 13.04.2016 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Tübingen, Nr. 7/2016, S. 141) unter Beibehaltung der Absatzfolge:

§ 2 Abs.1

Der Refugee-Kurs startet jeweils zum Wintersemester. Der Antrag auf Teilnahme nebst den erforderlichen Unterlagen und Nachweisen muss jeweils bis zum 15.06. bei der Universität Tübingen, Zentrale Verwaltung, Stabsstelle Flüchtlingskoordination, Wilhelmstraße 26, 72074 Tübingen oder per E-Mail eingegangen sein (Ausschlussfrist). Sofern ein Antragsverfahren in elektronischer Form (Online-Bewerbung) angeboten wird, kann der Antrag auf Teilnahme als Online-Antrag nach Maßgabe der dort genannten Voraussetzungen und unter Vorlage der dort geforderten Unterlagen erstellt werden. Für den Nachweis der Rechtzeitigkeit des Zugangs ist der Eingangsstempel der Zentralen Verwaltung der Universität maßgebend. Fällt das Ende einer Frist auf einen Sonntag oder gesetzlichen Feiertag oder einen Sonnabend, so verlängert sich die Frist nicht bis zum Ablauf des nächstfolgenden Werktages (§ 31 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 5 Landesverwaltungsverfahrensgesetz Baden-Württemberg). Nach Fristablauf eingegangene Unterlagen werden nicht berücksichtigt.

§ 2 Abs.2

entfällt.

§ 2 Abs.3

Auch trotz Nachrückens über eine evtl. Warteliste freigebliebene Plätze können im Falle von ausreichender Infrastruktur und Kapazität zum folgenden Sommersemester vergeben werden. In diesem Fall gilt der 15.01. als Fristende für den Zulassungsantrag gemäß Abs.1 als jeweiliges Ende der Einreichungsfrist.

Tübingen, den 01.03.2017

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

VOLLZUG VON BESCHLÜSSEN VON SENAT UND UNIVERSITÄTSRAT

Umbenennung der beiden Abteilungen am Institut für Physiologie

Der Senat hat am 16. März 2017 beschlossen:

Der Senat hat dem Antrag der Medizinischen Fakultät auf Umbenennung der beiden Abteilungen am Institut für Physiologie gemäß § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 LHG am 16. März 2017 zugestimmt. Die bisherige Abteilung Physiologie I heisst zukünftig "Abteilung für Vegetative und Klinische Physiologie" und die bisherige Abteilung Physiologie II heisst zukünftig "Abteilung für Neurophysiologie".

Tübingen, 20. März 2017

VOLLZUG VON BESCHLÜSSEN VON SENAT UND UNIVERSITÄTSRAT

Gründung eines Instituts für Geschichtsdidaktik und Public History

Der Senat hat am 16. März 2017 beschlossen.

Der Senat hat dem Antrag der Philosophischen Fakultät auf Gründung eines „Instituts für Geschichtsdidaktik und Public History“ im Fachbereich Geschichtswissenschaft gemäß § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 LHG am 16. März 2017 zugestimmt.

Tübingen, 20. März 2017

VOLLZUG VON BESCHLÜSSEN DES VORSTANDES UND AUFSICHTSRATS DES UNIVERSITÄTSKLINIKUMS TÜBINGEN

Änderung der Organisationsgliederung des UKT:

Umbenennung der Abteilung „Neurologie mit Schwerpunkt neurovaskuläre Erkrankungen“ in „Neurologie mit Schwerpunkt neurovaskuläre Erkrankungen und Neuroonkologie“

im Rahmen der Bleibeverhandlungen mit Herrn Prof. Ziemann (Rufabwehr an die Med. Hochschule Hannover) wurde Herrn Prof. Ziemann die Erweiterung seiner Abteilungsbezeichnung um „Neuroonkologie“ zugesagt, um die in seiner Abteilung angesiedelte W3-Professur für Neuroonkologie (Stelleninhaberin: Prof. Dr. Ghazaleh Tabatabai) auch nach außen sichtbar zu machen.

Die Abteilungsbezeichnung soll künftig lauten „Abteilung für Neurologie mit Schwerpunkt neurovaskuläre Erkrankungen und Neuroonkologie“.

Gemäß § 6 Abs. 2 Satzung UKT entscheidet der Klinikumsvorstand im Einvernehmen mit dem Fakultätsvorstand über die Bezeichnung der Organisationseinheiten.

Die Beschlussfassung von Klinikumsvorstand und Dekanat zur Erweiterung der Abteilungsbezeichnung erfolgte in deren Sitzungen vom 18.10.2016.

Gem. § 25 Abs. 1 Ziffer 2 LHG bedarf die Bildung, Veränderung und Aufhebung von Einrichtungen der Fakultät der Zustimmung des Fakultätsrats. Gem. § 7 Abs. 1 Satz 2 UKG ist bei der Errichtung, Aufhebung und Veränderung von Abteilungen ... das Einvernehmen der Medizinischen Fakultät erforderlich.

Die Beschlussfassung des Fakultätsrats zur Erweiterung der Abteilungsbezeichnung erfolgte in dessen Sitzung vom 18.10.2016.

Gem. § 9 Abs. 1 Ziffer 1 UKG und § 4 Abs. 3 Ziffer 2 Satzung UKT entscheidet der Aufsichtsrat über die Änderung der Satzung und die Grundsätze der Gliederung des Universitätsklinikums.

Die Beschlussfassung des Aufsichtsrats zur Erweiterung der Abteilungsbezeichnung erfolgte in dessen Sitzung vom 9.12.2016.

Gem. § 19 Abs. 1 Ziffer 7 LHG entscheidet der Senat über die Einrichtung und Änderung von Hochschuleinrichtungen. Die Beschlussfassung des Senats der Universität zur Umbenennung der Abteilung erfolgte in dessen Sitzung vom 9.2.2017.

Die Genehmigung des MWK zur Satzungsänderung gem. § 13 Abs. 2 Satz 4 UKG liegt mit Schreiben vom 9.3.2017 vor.

Tübingen, den 20.03.2017

Prof. Dr. Michael Bamberg
Leitender Ärztlicher Direktor

Gabriele Sonntag
Kaufmännische Direktorin